

Schweizer Demokrat


Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 39. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 3/4 2004

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

Mobilmachung: Profimässiges Sammeln von Unterschriften 1 Franken pro Unterschrift

Wir haben nicht mehr viel Zeit, die fehlenden Unterschriften zusammenzubringen.

Deshalb ergeht jetzt der Aufruf an alle, sich zu melden bei e. Grossrat René Liechti, Telefon 033 855 46 67, Fax 033 855 46 28, E-Post: licos@freesurf.ch

POSTCODE 1
AZB 5332 Rekingen

Die SD zahlen dank einer Grossspende zu diesem Zweck für jede Unterschrift Fr. 1.–. Gesucht sind auch Grosssammler, welche sich verpflichten, so ein- oder mehrere tausend Unterschriften zusammenzutragen...

Inhalt

- 2 Schluss mit dem Tanz ums Wachstums-Kalb
- 3 «Befreundete» USA?
- 4 Der angloamerikanischen Hegemonie Vorschub leisten?
- 6 Leben und Umwelt
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Der Leser hat das Wort
- 12 Politräsel

Schluss mit dem Tanz ums Wachstums-Kalb!



Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Zürich

Gebetsmühlenartig wird in allen Medien tagtäglich wiederholt, dass die Schweiz an einer «Wachstumsschwäche» leide und unbedingt wieder mehr «Wachstum» brauche. Kaum jemand getraut sich noch, die Frage zu stellen, ob dies wirklich der richtige Weg für unser Land sein kann. Schliesslich haben wir gegen 200'000 Arbeitslose, und da braucht es doch – das scheint auf den ersten Blick logisch zu sein – Wachstum, denn nur so gibt es «mehr Jobs». In diesem politischen Klima, das schon fast einer Massenhysterie gleichkommt, wagen es nicht einmal mehr die Grünen, laut eine andere Meinung zu vertreten. Wir Schweizer Demokraten sollten uns trotzdem auf unsere Erfahrungen aus früheren Jahrzehnten besinnen und energisch für

Stabilität statt Dauerwachstum

eintreten. Der Schreibende musste sich schon vor 25 Jahren als Student die Behauptung eines Ökonomie-Professors anhören, dass es ständig 2% Wachstum brauche, ansonsten die Wirtschaft unweigerlich in eine Krise stürze. Auf die Frage, weshalb dies so sei und – vor allem – wie die Welt so etwas ohne baldigen ökologischen Zusammenbruch bewältigen könne, wusste der Herr Professor allerdings keine Antwort. In der Tat ist nicht einzu- sehen, weshalb es unmöglich sein soll, mit einer gleichbleibenden Zahl von Arbeitskräften bei konstanter (guter) Produktivität ein stabiles Sozialprodukt zu erarbeiten und damit einer weder wachsenden noch schrumpfenden, aber gut ausgebildeten Bevölkerung einen stabilen Lebensstandard zu sichern.

Die Menschheit wird sich sowieso schon bald endgültig vom Götzen «Dauerwachstum» abwenden müssen, um nicht den Planeten Erde als ihren Lebensraum – und damit zwangsläufig auch sich selbst – gründlich zu zerstören. Wer das nicht glauben will, soll einmal ausrechnen, wie viel Geld jemand heute besässe, wenn er vor

tausend Jahren ein Sparbuch mit einem Franken, verzinslich zu 2% pro Jahr, erhalten hätte. Nachher kann er sich überlegen, was geschieht, wenn die Weltwirtschaft und die Weltbevölkerung noch längere Zeit mit einer Rate von 2% pro Jahr wachsen. In der Mathematik nennt man die Kurve, die sich bei solchen «Zinseszins-Rechnungen» ergibt, eine Exponentialfunktion. In den ersten zehn, zwanzig Jahren mag alles noch halbwegs funktionieren, aber

der völlige ökologische Kollaps der Erde

wird keine hundert Jahre auf sich warten lassen. Unser Planet wächst nicht. Die darauf vorhandenen Ressourcen (Energie, Rohstoffe, Trinkwasser, Landwirtschaftsflächen usw.) sind beschränkt und zu einem grossen Teil nicht erneuerbar. Wir verbrauchen heute die Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Jedes Wachstum bedeutet, dass dies immer schneller geschieht, und ist letztlich ein Verbrechen an unseren Kindern und Enkeln. Man mag sich damit herausreden, dass die Menschheit ja immer wieder neue Technologien entwickelt habe und sicher rechtzeitig einen Ausweg aus der Selbstzerstörung finden werde. Aber ist das so sicher? Der Mensch mag noch so gescheit sein; auch seine Möglichkeiten haben Grenzen.

Arbeitslosigkeit ist nicht die Folge von «zuwenig Wachstum»

In der Schweiz gibt es heute nicht weniger Arbeitsstellen als 1990. Wenn nun trotzdem viele Menschen ohne Arbeit sind, liegt das daran, dass die Bevölkerung ständig gewachsen ist, und dies wiederum ist fast ausschliesslich eine Folge der andauernden Masseneinwanderung. Auf den ersten Blick erscheint es als absurd, dass in ein Land mit so viel Arbeitslosen immer noch mehr Leute einwandern und erst noch meistens Arbeit finden. Der Grund dafür ist, dass der schweizerische Arbeitsmarkt schon seit Jahrzehnten unter schweren strukturellen Problemen leidet. Die Schweizer (und auch die schon länger hier lebenden Ausländer) haben sich daran gewöhnt, dass «dreckige» oder dienende, wenig prestigeträchtige, untergeordnete Tätigkeiten von anderen – eben von den Neueinwanderern – verrichtet werden. So fehlen trotz

SD gegen Ost-Personenfreizügigkeit

Die Schweizer Demokraten (SD) wehren sich entschieden dagegen, dass die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen mittel- und osteuropäischen Staaten ausgenutzt wird, um die Löhne zu drücken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu vergrössern. Wir werden deshalb ganz sicher das Referendum gegen die Ausdehnung der Personen-Freizügigkeit auf die 10 EU-Neumitglieder ergreifen, denn ein SVP-Referendum scheint angesichts der Forderung einzelner SVP-Nationalräte nach billigen osteuropäischen Landarbeitern fraglich.

Leider müssen wir wiederum auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Viele Aufgaben warten auf uns. Derzeit gilt es die aktuelle SD-Ausländer-Begrenzungs-Initiative erfolgreich über die Bühne zu bringen. Im Herbst erwartet uns die Volksabstimmung über die erleichterten Einbürgerungen, welche wir an vorderster Front bekämpfen werden. Und möglicherweise über Weihnachten müssen wir dann das vorerwähnte Referendum gegen die Ausdehnung der Personen-Freizügigkeit ergreifen. Für Ihre Gabe danken wir deshalb ganz herzlich.

Ihre SD-Parteileitung

hoher Arbeitslosigkeit auf dem Bau, im Service, im Reinigungs- wesen, im Pflegebereich usw. immer Arbeitskräfte. Weder Arbeitgeber noch Politiker wissen dieses Problem anders anzugehen als mit der Rekrutierung weiterer Einwanderer aus immer fernerer Ländern. Noch vor 25 Jahren betrug die Maturandenquote kaum mehr als 10%. Heute sind es 20%, und es gibt Leute, die finden, wir hätten immer noch zuwenig Akademiker. Um

den Arbeitsmarkt ins Gleichgewicht zu bringen,

müsste man die Zahl der Mittelschüler (und künftigen Studenten) von Anfang an (nach Leistungskriterien) streng limitieren und auch von der fixen Idee Abschied nehmen, jede und jeder müsse eine Berufslehre machen. Es braucht in der Schweiz wie in allen anderen Ländern auch einen gewissen Prozentsatz ungelerner Hilfskräfte, und diesen müssen wir wieder aus der einheimischen Bevölkerung heraus bereitstellen. Dazu muss die soziale Anerkennung dieser Menschen gefördert werden, und selbstverständlich haben sie für ihre oft harte und monotone Arbeit Anrecht auf einen guten Lohn. Vielleicht sollte man die Arbeit, die heute niemand machen will, zuletzt denjenigen, um die sich viele reissen, so lange besser bezahlen, bis sich ein Gleichgewicht einstellt. Das wäre echte Marktwirtschaft!

Solange der Arbeitskräftemangel in gewissen Bereichen der Wirtschaft mittels Einwanderung behoben wird, wächst die Bevölkerung rasant, denn jeder neue Fremdarbeiter zieht früher oder später seine Angehörigen nach. Erst die

Bevölkerungszunahme zwingt zum Wirtschaftswachstum

und dieses führt, weil nach wie vor alle «aufsteigen» möchten und viele es auch schaffen, in den «unteren Schichten» des Arbeitsmarkts zu einem neuen Defizit an Arbeitskräften. Das Ganze beginnt also wieder von vorne ... In diesem Teufelskreis dreht sich unser Land nun schon lange, und trotzdem meinen immer noch Millionen von Schweizern, die Lösung des Problems liege in – weiterem Wachstum. Schon zur Zeit der Abstimmung über die legendäre «Schwarzenbach-Initiative» hatte dieser Irrglaube zu einer verheerenden Überfremdung, Übervölkerung und Landschaftszerstörung geführt. Seit 1970 ist die Schweizer Wirtschaft sicher um hundert Prozent gewachsen. Aber Hand aufs Herz, geht es uns auch entsprechend besser? Der Kuchen mag grösser geworden sein, aber die Zahl der Esser hat auch zugenommen. Und soweit das Pro-Kopf-Einkommen noch etwas gestiegen ist, erhält die grosse Mehrheit der werktätigen Bevölkerung von diesem Zuwachs schon seit langem kaum noch etwas. Eine dünne Oberschicht aus reichen

Investoren und geldgierigen Managern reisst fast alles an sich. Das wird sich auch nicht ändern, wenn die Wirtschaft wieder stärker wächst. Wie das läuft, führen uns die Grossbanken in eindrucklicher Weise vor: Sie machen Milliardengewinne und bauen, um diese zugunsten der Reichsten im Lande noch weiter zu steigern, andauernd Personal ab.

In den gut dreissig Jahren seit der Schwarzenbach-Abstimmung ist die Übervölkerung der Schweiz rasant fortgeschritten. Die Fläche eines mittelgrossen Kantons wurde überbaut und damit als Teil unserer Ernährungsbasis unwiederbringlich zerstört. Und das geht, solange wir immerzu «wachsen» wollen,

immer weiter so. Überall stehen Baugespanne, Bagger und Krane. Der Tag, an dem uns dies alles bitter (aber zu spät) reuen wird, ist nicht mehr fern, denn auch in der übrigen Welt wächst die Zahl der Menschen immer schneller. Schon bald wird es nicht mehr möglich sein, z.B. an Lebensmitteln einfach zu importieren, was uns zufolge Übervölkerung und Kulturlandvernichtung fehlt. Da nützt uns dann der ganze milliarden schwere Finanzplatz nichts mehr.

Auf Beton und in Tresoren wachsen keine Kartoffeln...

Noch ein letzter Gedanke: Soweit die Reallöhne der Durchschnitts-

verdiener in den letzten Jahrzehnten noch etwas gestiegen sind, haben wir dafür auch persönlich bereits einen hohen Preis bezahlt, und er wird immer höher! Dieser Teil des Wachstums ist auf eine enorme Steigerung der Produktivität zurückzuführen. Sie ist bis zu einem gewissen Grade sehr erfreulich, denn wir wollen ja keine Faulpelze sein. Inzwischen ist aber der Druck auf die Arbeitenden so gross geworden, dass

immer mehr Menschen am Stress zerbrechen

und lange vor dem ordentlichen Pensionierungsalter arbeitsunfähig werden – die IV kann davon

ein Liedchen singen! Ist solches «Wachstum» wirklich ein Fortschritt? Besinnen wir uns also auf die guten alten NA-Traditionen. Unsere Vordenker der 70er-Jahre – als Beispiel sei Valentin Oehen genannt – haben die beschriebenen Probleme erkannt und – lange vor den «Grünen!» – das dringend notwendige Nullwachstum im Sinne eines langfristigen dynamischen Gleichgewichtszustandes der Wirtschaft mit möglichst geringen Schwankungen gefordert. Dieses Postulat gehört gerade heute, wo die «offizielle Politik» – angeblich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – das Wirtschaftswachstum mit allen Mitteln wieder ankurbeln will, zuoberst auf unsere Agenda.

«Befreundete» USA?

Gott bewahre mich vor meinen Freunden – mit meinen Feinden werde ich schon selber fertig!

ist man versucht auszurufen, vergewärtigt man sich die US-Politik der letzten Jahrzehnte und insbesondere der letzten Jahre.

Es ist natürlich, dass vor allem wir von der älteren Generation emotional belastet sind durch die Gräuel des kommunistischen Gesellschaftssystems und stets dazu neig(t)en, die Hilfe vom grossen Gegenspieler – den USA – zu erwarten. Dabei sahen und sehen wir gerne über die selbstzerstörerischen Segnungen des «american way of life» hinweg, vergessen die Folgen der zweifelhaften, egoistischen Schaukelpolitik, welche die USA ab Mitte der 30er Jahre gegenüber Nazi-Deutschland und verschiedenen willfähigen Potentaten spielten, und übersehen geflissentlich die unheilvolle Rolle, welche die amerikanische Regierung durch milliarden schwere jährliche Unterstützung des Zionisten-Staates im Nahen Osten spielt.

Der zweiten Bush-Regierung aber scheint es nun zu gelingen, dass sich unsere Generation verzweifelt und mit Schaudern vom Trümmerhaufen jahrzehntelanger Hoffnungen abzuwenden beginnt.

Der Kampf um die Ressourcen

Trotz aller Propagandalügen der amerikanischen spin-doctors kann niemand mehr darüber hinwegsehen, dass es der USA nicht um Freiheit und Demokratie, nicht um Wohlfahrt der Völker und echten Fortschritt, sondern schlicht und einfach um die Beherrschung der Welt-Energie- und -Rohstoff-Vorräte geht und selbstverständ-

lich auch um die Absatzmärkte für ihre Produkte.

Die amerikanischen Interventionen rund um den Erdball sind eindeutig Ausdruck einer imperialen Politik der Macht und werden immer schlechter verhüllt durch wohlklingende Begründungen humanitärer Art.

Wenn der gegenwärtige Präsident Bush vor kurzem jegliche Ermahnung zur sparsameren Verwendung der fossilen Energieträger arrogant zurückwies – niemand hätte ihnen vorzuschreiben, wie sie zu leben hätten – zeigt dies in brutaler Art den Egoismus der herrschenden Klasse in den USA. In dieses Bild passt auch die kaltblütige Ablehnung der Beschlüsse der Klima-Konferenz, des sogenannten Kyoto-Protokolls.

Nur amerikanische Bürger sind Menschen und damit schützenswert!

Diese Grundhaltung bestimmte nicht nur die Vertreibungs politik gegenüber Indianern, nein auch noch die amerikanische Kriegspolitik im 2. Weltkrieg und bis heute. Man bedenke, wie die deutschen Städte ungeachtet ihrer militärischen Bedeutungslosigkeit zusammenbombardiert wurden. Der «Fall Dresden», wo Hunderttausende von Flüchtlingen erbarmungslos massakriert wurden, ist unvergessen. Hiroshima und Nagasaki sind Stichworte für ungesühnte amerikanische Kriegsverbrechen.

Der Einsatz von Uranmunition im 1. und 2. Golfkrieg ist Zeuge ungläublich menschenverachtender



Kriegsführung, wobei nicht einmal die eigenen Soldaten, noch viel weniger die gegnerische Zivilbevölkerung verschont wurden.

Ins gleiche Kapitel gehört der Bombenkrieg gegen Serbien und die Nichtunterzeichnung des Vertrages zur Ächtung von Personenminen. 20'000 jährliche Minenopfer (vorwiegend Kinder) vermögen die amerikanische Super-Militärmacht nicht zu bewegen, auf dieses teuflische Kampfmittel zu verzichten.

PfP – Partnership for Peace

Unter diesem heuchlerischen Titel hat die USA um die von ihr beherrschte NATO einen militärischen Vasallenkreis aufgebaut. «Dank» des Wirkens unseres früheren Militärministers Ogi sind auch wir Schweizer in diesem unheiligen Verbund. Dr. Heinz Loquai, Brigadegeneral a.D., schrieb in einer Studie unter dem Titel «Frieden muss man wollen» kürzlich u.a.: (Zitate:)

– Nicht erst seit dem 11. September 2001, sondern schon ab Mitte der 90er Jahre haben wir eine politische und geistige Entwicklung

erlebt, die die Geistesverfassung politischer und militärischer Eliten in westlichen Demokratien immer mehr prägt. Es kam zu einer Revitalisierung des Krieges als Mittel der Politik. Diese Entwicklung ist besonders ausgeprägt in den USA.

– In einer so verfassten politischen Welt, in der Krieg ein normales, gängiges und nicht das letzte Mittel der Politik ist, werden Kriege auch bewusst und frühzeitig zur Intervention in Konflikte geplant. Wenn die Regierenden Krieg wollen, lässt er sich auch nicht vermeiden.

– Der Nato-Krieg gegen Jugoslawien im März 1999 war lange vorher ins Auge gefasst, als sich die OSZE noch um eine Verhandlungslösung im Kosovo-Konflikt bemühte. Dieser Krieg galt als der Krieg der damaligen amerikanischen Aussenministerin, als «Madeleine's War». Die zum Krieg entschlossene Madeleine Albright fand im deutschen Aussenminister Fischer ihren überraschenden Verbündeten. Die Angebote an die jugoslawische Führung waren Scheinangebote, die so formuliert und präsentiert wurden, dass mit deren Ablehnung zu rechnen war.

– Auch der Krieg gegen Irak war ein zielstrebig anvisierter, gewollter Krieg. Die Bush-Regierung war auf Kriegskurs schon lange vor dem 11. September 2001. Auch die dem Saddam-Regime gemachten Angebote für eine friedliche Lösung erfolgten zum Schein, um den Krieg letztendlich zu rechtfertigen.

«Befreundete» USA?

Fortsetzung von Seite 3

Zur Zeit erleben wir, wie Deutschland und Japan militärisch von den USA reaktiviert werden, und selbst die Schweiz befindet sich mit Keckeis und Schmid auf dem Wege, das Erfolgsrezept der immerwährenden, bewaffneten Neutralität zu verlassen. Dies unbekümmert um die Mehrheitsmeinung des Schweizervolkes und die Mahnung des Papstes, der wie folgt formulierte:

«Das 20. Jahrhundert hinterlässt uns als Erbschaft vor allem eine Mahnung: Kriege sind häufig Ursache weiterer Kriege, weil sie tiefe Hassgefühle nähren, Unrechtsituationen schaffen sowie die Würde und Rechte der Menschen mit Füßen treten. Sie lösen im allgemeinen die Probleme nicht, um deretwillen sie geführt werden. Daher stellen sie sich, ausser dass sie schreckliche Schäden anrichten, auch noch als nutzlos heraus.»

Den Menschen muss bewusst werden, dass Kriege nicht wie Naturereignisse kommen, sondern von Menschen gemacht werden.

Der Gen-Imperialismus der USA und ihrer Multis

bedroht die Gesundheit der europäischen Völker. Diese Aussage mag manchen Leser erstaunen. Es ist aber so, dass die Gefahren der gentechnisch veränderten Organismen (GVO's = Pflanzen, Bakterien, Viren etc.) sehr kontrovers beurteilt werden. Die Verbreitung der GVO's liegt entgegen aller Behauptungen ausschliesslich im Interesse der Agrar-Multis, die damit den Markt für Saatgut, Düngemittel und Pflanzen«schutz»mittel monopolisieren können.

Zweifelloos unter ihrem Druck drohte die USA der EU mit einem Handelskrieg, wenn die letztere weiterhin eine restriktive Politik zum Schutze der Konsumenten und der bäuerlichen Landwirtschaft betreiben würde.

Wenn man weiss, dass zur Zeit allein in den USA 42,8 Millionen ha GVO's von weltweit 67,7 Mio ha angebaut werden, kann die Haltung der US-Regierung eigentlich nicht erstaunen.

Das Jahr 2004 könnte gefährlich werden!

Nicht nur in Putins Russland, das die meisten von uns sicherlich noch immer als Bedrohung – also als Feind – wahrnehmen, sondern auch in der «befreundeten» USA entwickelt sich die politische Lage in beunruhigender Weise hin zu einer Diktatur – getragen von den Geheimdiensten und vom militärisch-wirtschaftlichen Komplex. In den USA entwickeln sich zudem die politischen Parameter in einer für die Wiederwahl von G.W. Bush ungünstigen Weise. Dieser aber wird das Feld mit seinem Machtapparat keinesfalls freiwillig räumen. Michael C. Ruppert bemerkte in seinem jüngsten Newsletter: «Wenn die Neo-Konservativen und

das sie stützende globale Wirtschaftssystem in die Ecke gedrängt werden, können sie extreme und drakonische Massnahmen ergreifen, die das Ende der Fassade der amerikanischen Demokratie markieren. 2004 wird ein sehr gefährliches Jahr.»

Die Bestie sei gefährlich geworden und die Zeichen häuften sich, dass nichts unmöglich sei, wenn sie bedroht werde. Zu erinnern sei an die Terror-Warnungen über die Festtage, das Wiederauftauchen des Rinderwahnsinns oder das plötzlich erneute Interesse der Regierung an Anthrax.

Die «Washington Post» mutmasst sogar, dass eine terroristische Attacke die Präsidentschaftswahlen erschüttern könnte. Das müsste uns tatsächlich nicht erstaunen. Etwas Besseres könnte Bush nicht passieren.

«Wahrlich, uns bleibt nur das Beten, dass wir vor unseren Freunden behütet werden mögen!»

Hans Spitz, Köniz

Der angloamerikanischen Hegemonie Vorschub leisten?

In einem Interview, das der Rektor der Universität Zürich, Professor Hans Weder gab, äusserte sich dieser zwar nicht kritiklos zu den so genannten Bologna-Reformen des Hochschulstudiums. So weit, so gut. Fragwürdig war aber, wenn er sich ziemlich apodiktisch für die englische Sprache einsetzte, als wäre das noch nötig. Zwar muss man anerkennen, dass die Sprache, in welcher sich Naturwissenschaftler und Techniker heutzutage untereinander verständigen, das Englische ist. Aber Naturwissenschaften und Technologie sind ja nicht die einzigen Wissenschaften, mit welchen sich zumal eine Universität zu befassen hat. Wo bleiben denn die Geisteswissenschaften? Und abgesehen davon, dass Englisch vorläufig keine Landessprache der Schweiz ist, gibt es neben der zur Zeit sehr dominanten Kultur des Angelsächsischen auf der Welt doch unzählige weitere Kulturen, darunter zum Teil ebenfalls gewichtige, die von wissenschaftlichem Interesse sind! Erfolgreiche Wissenschaftler gehen im Übrigen nie den Weg, auf welchen sich alle andern auch stürzen! So kommt es etwa dazu, dass je ein Professor der Universitäten Oxford und Zürich sich um das «Erstgeburtsrecht» der verhaltenspsychologischen Er-

kenntnis streiten, dass Zugvögel bei ihren Zügen Eisenbahnliesen und Autobahnen als Orientierungshilfen benützen! Der Streit hat mehr mit einem pubertären Impo- niergehaben zu tun als mit seriöser wissenschaftlicher Erkenntnis.

Einheitswelt?

Es ist sehr bedauerlich, dass die Bologna-Reformer zum Beispiel nicht die lateinischen Bezeichnungen Baccalaureus und Magister für die universitären Ausbildungsstufen wählten, sondern die englischen Abkömmlinge Bachelor und Master. Als die Universität Bologna als erste Universität Europas gegründet wurde, sprach man dort schliesslich nicht Englisch, sondern Latein. Magister als akademischer Grad ist in Österreich beispielsweise immer noch gebräuchlich. Als Kompromiss hätte man sich auch vorstellen können, dass die Bezeichnungen je nach geografischem Ort Baccalaureus, Bachelor oder Bachelier usw. hätten lauten können. Wenn es eine kulturelle Eigenheit Europas gibt, dann die, dass hier eine kulturelle Vielfalt vorläufig weiterlebt, und zwar nicht als so genannte multikulturelle Gesellschaft, hinter welcher sich ja doch nur eine angloamerikanisch beherrschte Einheitswelt

verbirgt, sondern eine echte Vielfalt mehrerer, nicht vermischter, sondern nebeneinander lebender Kulturen. Die USA beherrschen die Welt bereits als politische, wirtschaftliche und militärische Macht. Ist es denn wirklich nötig, dass sie sie auch noch kulturell beherrschen? Die kulturelle Hegemonie der USA, um einmal nicht von einem US-Kulturimperialismus zu sprechen, ist nämlich schon weiter fortgeschritten als wir uns einreden, und wird kommerziell mit harten Bandagen erobert und verteidigt. Die USA beherrschen zum Beispiel bereits das Musik- und Filmgeschäft. Kein Kinoinhaber kann sich etwa erlauben, Nicht-US-Filme zu zeigen, es sei denn, er übernehme auch die Vorführung so und so vieler US-Filme! Es gibt andere Beispiele. Unsere Jugend singt kaum noch etwas anderes als englischsprachige Lieder, siehe «Musicstar» usw. Ist denn das unsere hoffnungsfrohe Zukunft: nur noch eine angloamerikanisch platt gewalzte Einheitswelt? Unsere so genannten Globalisierungsgegner hätten da einen weit fruchtbareren Boden für ihr Engagement als die höchst sinnlosen Demonstrationen, die sie veranstalten!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten

**SD-Zentralsekretariat**

Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen
Hans Steffen, Fischenthal

Warum Arbeitnehmer die EU-Osterweiterung fürchten



Bernhard Hess,
Nationalrat
und
SD-General-
sekretär, Bern

Die Schweizer Demokraten (SD) wehren sich entschieden dagegen, dass die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen mittel- und osteuropäischen Staaten ausgenutzt wird, um die Löhne zu drücken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt zu vergrössern. Sie werden deshalb ganz sicher das Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die 10 EU-Neumitglieder ergreifen, denn ein SVP-Referendum scheint angesichts der Forderung einzelner SVP-Parlamentarier nach billigen polnischen Landarbeitern fraglich.

Folgende Eckdaten sprechen dafür, die geplante Personenfreizügigkeit zu bekämpfen:

1. Unterbeschäftigung in der Schweiz

– Seit zwei Jahren steigt die Arbeitslosigkeit an. Nach Angaben der schweizerischen Arbeitskräfteerhebung wurden im zweiten Quartal des vergangenen Jahres 168'000 erwerbslose Personen gezählt. Dieser Wert ist höher als der historisch höchste. 1997 waren mit dem Ende der sechsjährigen Krise 162'000 Personen ohne Arbeit.

– Die Erwerbslosigkeit ist jedoch bedeutend höher, als aufgrund der Anzahl Stellensuchender vermutet werden könnte: Zusätzlich kommen 370'000 Personen dazu, die nur Teilzeit arbeiten, aber den Wunsch nach höherem Arbeitspensum äussern. Wenn wir diese Unterbeschäftigten auf volle Stellen hochrechnen, kommen wir auf einen zusätzlichen Mangel von 105'000 Vollzeitstellen.

– Damit wir wieder von Vollbeschäftigung sprechen könnten, müssten 245'000 zusätzliche Vollzeitstellen (Erwerbslose und Unterbeschäftigte) geschaffen werden, also rund 7 Prozent mehr, als zurzeit verfügbar sind.

– In dieser Rechnung nicht berücksichtigt sind jene Zehntausende von Personen, die aus arbeitsmarktlichen Gründen früh-

zeitig pensioniert oder nach der Aussteuerung in die Invalidität gedrängt wurden.

– Die Arbeitslosigkeit hat im Oktober 2003 erneut um 4500 Personen zugenommen, obwohl vermutlich mehr als 2500 Personen ausgesteuert wurden.

– Es wird noch lange dauern, bis der Arbeitsmarkt wieder im Gleichgewicht ist. Die Wirtschaft muss um mehr als 1,5 Prozent wachsen, damit die Arbeitslosigkeit abnimmt.

– Berücksichtigt man zusätzlich, dass bei erneut wachsender Wirtschaft auch mehr Menschen aus dem Ausland in der Schweiz arbeiten werden, muss der Konjunkturaufschwung stark und lang anhaltend sein. Nur so wird sich die Arbeitslosenquote wieder auf einem tiefen Niveau von 1,5 Prozent einpendeln.

– Um dies zu erreichen, muss die Wirtschaft während mindestens vier Jahren um 3 Prozent jährlich wachsen. Eine solche Konjunkturerholung ist jedoch unrealistisch.

3. Lohndumping als reale Gefahr

– Die SD (und die Gewerkschaften) erwarten, dass sich besonders Branchen mit bereits tiefen Löhnen wie die Landwirtschaft, das Gastgewerbe, die Pflege und unter Umständen auch der Strassentransport und die Reinigung bei der Rekrutierung von Arbeitskräften in den mittel- und osteuropäischen Staaten hervortun werden. In Polen sind beispielsweise die Einkommen bis zu achtmal geringer. So sind auch schlecht bezahlte Jobs für Wanderarbeitende noch attraktiv.

– Das Rekrutierungsbüro der Schweizer Landwirtschaft in Madrid wurde unlängst geschlossen, wohl in der Hoffnung, bald eines in Warschau eröffnen zu können.

– Im Bausektor, dem Detailhandel und der Hotellerie wurde die Übergangsphase zur Personenfreizügigkeit mit der alten EU offenbar bereits dafür ausgenutzt, die Löhne von Neuangestellten – oft Grenzgänger oder entsandte Ar-

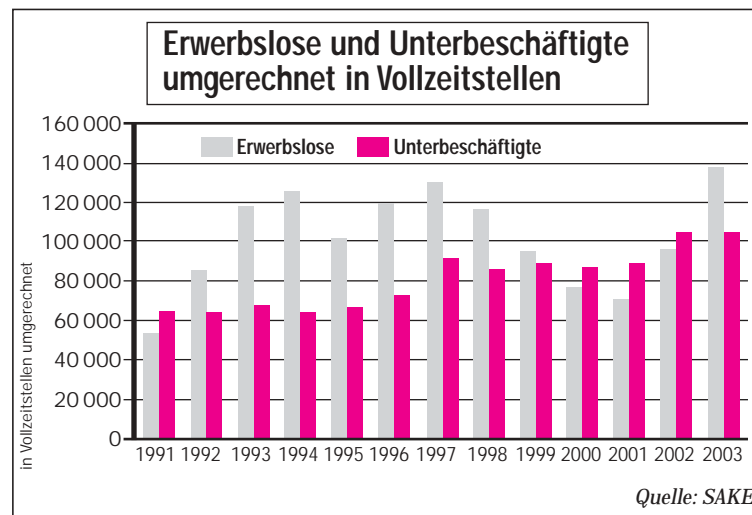
beitnehmende – unter das bisher übliche Niveau zu drücken.

4. Hohe Belastungen

– Durch den Abschluss der bilateralen Verträge I kann sich der Bund gemäss Schätzungen des Staatssekretariats für Wirtschaft bei guter Wirtschaftsentwicklung auf jährlich 400 bis 500 Millionen Franken Mehreinnahmen pro Wachstumsprozent freuen. Demgegenüber stehen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit Belastungen von 350 bis 400 Millionen.

Lohndrückerei in der Schweiz

Auch wenn zurzeit noch Übergangsbestimmungen gelten: die ersten Fälle miserabler Löhne und Arbeitsbedingungen in der Baubranche sind leider bereits bekannt. So werden bei Baustellenkontrollen in der letzten Zeit immer wieder Arbeiter aus Ostdeutschland angetroffen, die massiv unterbezahlt werden und gar für Kost und Logis selber aufkommen müssen. Auch werden vermehrt Bauarbeiter über Temporärfirmen aus dem benachbarten Ausland in die Schweiz geholt. So etwa auch im Kanton Bern, wo vereinzelte Maler und Gipser, die über Temporärbüros angestellt wurden, bis zu sieben Franken pro Stunde weniger erhielten als der vorgeschriebene Mindestlohn. Statt 34 Franken die Stunde plus Ferienanteil, 13 Monatslohn und Spesen für Kost und Logis erhielten sie 27 Franken, alles inklusive. Angeheuert wurden die Bauarbeiter von verschiedenen Temporärfirmen im grenznahen Kreuzlingen sowie in St. Gallen und Frauenfeld.



2. Kennzahlen einiger neuer EU-Mitglieder

	BIP/Kopf, in US-Dollar (1)	BIP/Kopf, kaufkraftbereinigt USA=100 (1)	Arbeitslosenquote, in % (2)	Arbeitslosenquote unter 25-jährig, in % (3)	Mindestlohn in Euro (2)	Ausbildung im Dienstleistungssektor in % (1)
Polen	4080	26,4	19,9	41,5	160	24
Tschechische Republik	4340	40,4	7,3	16,3	90	26
Slowakei	3540	32,4	18,6	38,9	98	27
Ungarn	4550	35,2	5,6	10,5	108	34
Slowenien	9120	50,8	7,5	15,7	386	53
Eurozone	20260	68,4	8,4	–	–	50
Schweiz	33390	89,3	3,0	–	–	36

(1) Economist, Zahlen 2000
 (2) OECD (2003) Main Economic Indicators, Zahlen 2002.
 (3) WSI Mitteilungen, 1/2003, Zahlen für 2000

BIP = Bruttoinlandsprodukt (Wert aller im Land hergestellten Waren und Dienstleistungen)

In Polen sind die Einkommen bis zu achtmal geringer. So sind auch schlecht bezahlte Jobs für Wanderarbeitende noch attraktiv.

Per Gesetz müssen die Temporärbüros für Arbeitnehmende aus dem Ausland bei den kantonalen Arbeitsmarktbehörden eine Arbeitsbewilligung einholen. Damit eine Bewilligung erteilt wird, muss ein Arbeitsvertrag vorliegen, der die orts- und branchenüblichen Anstellungsbedingungen und den allfälligen GAV einhält. Offensichtlich haben die Arbeitsmarktbehörden in den Kantonen Thurgau, St. Gallen und Bern Bewilligungen erteilt, obwohl die Anstellungsbedingungen nicht dem GAV entsprechen. Im Berner Kantonsparlament wird deshalb eine SD-Interpellation eingereicht, welche diese Unregelmässigkeit untersuchen soll.



Verheerende demografische Trends verstärkt

Wie jedes Jahr um diese Zeit veröffentlichte das Bundesamt für Statistik seine demografischen Zahlen für das vergangene Jahr. Diese bestätigen leider die Trends, wie wir sie schon seit Jahrzehnten beobachten: die eingesessene Bevölkerung stirbt aus, dennoch nimmt die Gesamtbevölkerung weiter zu, weil der anhaltende Rückgang der Geburten sich bezüglich Gesamtbevölkerungszahl weit weniger stark auswirkt als der nicht abreisende Strom der Einwanderung. Gleichzeitig nimmt das Durchschnittsalter zu, weil die Einwanderer zwar verhältnismässig noch jung sind, aber das durch sie bewirkte Bevölkerungswachstum eben doch das Missverhältnis zwischen der Zahl der Erwachsenen einerseits und der Zahl von Kindern und Jugendlichen andererseits noch weiter verzerrt!

Die Geburtenzahl ist 2003 weiter auf 71'500 abgestürzt. Das ist die kleinste Zahl seit 1978. Allerdings sind dabei rund ein Viertel Ausländergeburten mitgezählt, während deren Anteil 1978 noch wesentlich geringer war. Zählt man nur die Schweizer, ergibt sich ein Sterbeüberschuss, wobei hier auch alle Eingebürgerten noch eingerechnet sind! 2003 wurden 37'070 Personen in die Schweiz eingebürgert. Da gleichzeitig 9400 Personen eingewandert sind, ergab sich trotz aller Einbürgerungen und geringer Geburtenzahl ein Wachstum

der Wohnbevölkerung von ungefähr 50'000, nämlich von 7'317'900 auf 7'367'900. Trotz aller Einbürgerungen wuchs die ausländische Wohnbevölkerung auch schneller als die schweizerische, nämlich um 1,6 Prozent verglichen zu 0,5 Prozent. Die Gesamtzahl der Ausländer beträgt nun 1,471 Millionen oder 20,5 Prozent. Die Gesamtzahl der Geburten, also ausländische mitgerechnet, entspricht dem tiefsten Geburtenüberschuss seit dem Krisenjahr 1918, als unser Volk durch vier Kriegsjahre und die spanische Grippe-Epidemie stark geschwächt war. Aber selbstverständlich war es damals noch wesentlich kleiner, und die Geburten betrafen fast ausschliesslich Schweizer.

Trotz aller Einwanderungen geht auch das Durchschnittsalter der in der Schweiz ansässigen Personen ständig nach oben, ganz einfach weil die Kinder und jüngeren Leute fehlen. Dies ist eine ernste Bedrohung unserer Altersversorgung. Betrachten wir die Altersverteilung (siehe auch Kasten), so fällt auf, dass in den Jahren 1960 bis 1970 ein eigentlicher Geburtenboom stattfand. Das Jahr mit der höchsten Geburtenzahl war 1964. Damals erblickten in der Schweiz 112'890 Kinder das Licht der Welt. Das war nicht einfach ein «Babyboom» der einheimischen Bevölkerung, sondern die Auswirkung der Tatsache, dass auf eine übliche, den Fortbestand des Volkes si-

chernde Geburtenziffer sich damals noch eine demografisch völlig unvernünftige Einwanderungswelle aufpfropfte. So entstand ein «Berg» von Arbeitskräften, den wir seither vor uns her schieben und dessen Angehörige nun kurz vor der Pensionierung stehen. Daher kommen unsere Schwierigkeiten mit der Altersversorgung. Es ist deshalb völlig daneben, wenn heute ein SVP-Nationalrat Mörgeli und auch andere Leute die Schweizer Einwanderungspolitik der Sechszigerjahre des vergangenen Jahrhunderts als richtig zu rechtfertigen suchen. Sie war schon damals wie heute langfristig verheerend. Auch Einwanderer

werden alt! Sie «zahlen uns» doch nicht einfach «die AHV»! Ausserdem ist eine Politik, die fehlende Geburten einfach durch Einwanderer ersetzt, erfahrungsgemäss fast unausweichlich mit einem Dauerwachstum der Bevölkerung verbunden, das seinerseits unvereinbar ist mit Nachhaltigkeit und Schutz der Lebensgrundlagen des betreffenden Lebensraumes! Früher oder später erfolgt ihr Tod durch Überbevölkerung. Der erfolgreiche Abschluss unserer Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» wäre deshalb extrem wichtig!

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat

Hochpreisinsel Schweiz

Im Zusammenhang mit den politischen Bestrebungen, den Preisüberwacher abzuschaffen, ist es Mode geworden, über die «Hochpreisinsel Schweiz» zu jammern. Ideologen des «service public» und des Marktes liegen sich in den Haaren, was nun besser sei. Dabei wird just von den Marktideologen, aber auch ihren Gegner ein Argument als Tabu behandelt, das jenen eigentlich heilig sein sollte: die Hochpreisinsel Schweiz kommt dadurch zu Stande, dass ein Einwanderungsdruck auf ihr lastet, welcher durch die erhöhte Nachfrage nach Grund und Boden die Bodenpreise in die Höhe treibt, weil die Einwanderer ein immer grösseres Stück des immer knapper werdenden Territoriums als Lebensraum, aber auch für die Schaffung notwendig werdender Infrastrukturen – man denke nur an den wachsenden Verkehr! – beanspruchen. Sehr viele wollen in

die Schweiz einwandern und wenn möglich sich hier auch niederlassen. Das Angebot bleibt aber durch die Begrenzung des nationalen Territoriums stabil! An den Grundstückpreisen, die durch diesen Überbevölkerungsdruck zu Stande kommen, hängen unzählige weitere Preise, etwa die Wohnungsmieten, die Kosten für die bäuerliche Lebensmittelproduktion, Löhne wegen der hohen Lebenskosten usw. Die Hochpreisinsel Schweiz ist also eine unmittelbare Folge internationaler Marktverhältnisse, nämlich des Zuwanderungsdruckes auf die Schweiz. Ausgerechnet Leute, die ständig das Hohelied des Marktes singen, beklagen sich über Gesetzmässigkeiten eben dieses Marktes! Das Tabu kommt dadurch zu Stande, dass die ganze Ausländerpolitik der Schweiz inzwischen zum Tabuthema erklärt worden ist!

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

Keine Mobilfunkantennen in Moorlandschaften

Das Verwaltungsgericht des Kantons Bern hatte im April 2003 den Bau einer Mobilfunkantenne in der Berner Moorlandschaft Gurnigel/Gantrisch abgelehnt. Mit dieser Entscheidung wollte sich die Firma Orange Communications SA jedoch nicht abfinden und erhob beim Bundesgericht Beschwerde. Das Bundesgericht in Lausanne hat nun das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Berns bestätigt. Gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz NHG sind in «Moorlandschaften von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung» zwar landwirtschaftliche, forstliche und auch «andere»

Nutzungen erlaubt (Art. 23d NHG). Diese dürfen jedoch den typischen Eigenheiten der Moorlandschaft nicht widersprechen. Nach Ansicht des Bundesgerichts lässt sich der Bau einer 30 Meter hohen Mobilfunkantenne nicht mit dieser Bedingung vereinbaren. Zudem ist die Antenne, laut Bundesgerichtsentscheid, für die telefonische Grundversorgung in dieser Moorlandschaft nicht erforderlich. Dieser Entscheid stärkt einerseits den Moorschutz, andererseits unterstützt er die Kantone bei der konsequenten Umsetzung des Moorschutzes.

Christoph Fisch in: Umwelt

Geburten in der Schweiz

Jahr	Schweizer	Ausländer	Gesamt
1940	61'797	2318	64'115
1950	81'987	2789	84'776
1960	83'004	11'368	94'376
1970	69'529	29'687	99'216
1980	61'668	11'993	73'661
1990	67'440	16'499	83'939
1995	61'004	21'199	82'203
2000	56'885	21'573	78'458
2001	53'751	19'758	73'509
2002	53'737*	18'663*	72'400*

* vorläufige Zahlen

Feldhase, Tier des Jahres 2004



Pro Natura

Pro Natura hat den Feldhasen zum «Tier des Jahres 2004» erklärt. Dies aus gutem Grund: Kein anderes Tier der offenen Feldflur hat so augenfällig unter der intensiven Landwirtschaft und der Zerstückelung des Lebensraums gelitten wie der beliebte Hoppler.

Früher wusste mancheiner, wo der Has' lang läuft. Heute ist das anders. Kaum jemand bekommt je einen Feldhasen zu Gesicht. Und wenn, dann höchstens als Schokoladenhasen zu Ostern. Vielerorts im Mittelland haben Forscher nur noch drei bis sechs Hasen pro Quadratkilometer gezählt. Das ist kritisch. Ein dummer Zufall, und die Art verschwindet ganz. Pro Natura ernannt deshalb den Feldhasen zum «Tier des Jahres 2004» und hofft, dass damit mehr Menschen auf das traurige Schicksal dieses einst so häufigen Säugetiers aufmerksam werden.

Wo für den Feldhasen der Hase im Pfeffer liegt, ist gut erforscht. So richtig den Garaus gemacht hat diesem Säugetier die intensiv bewirtschaftete Feldflur, Siedlungswucherungen und der Strassenverkehr. Einst forderte auch die Jagd einen hohen Blutzoll: Anno 1950 schossen Jäger 75'000 Tiere ab. Nur noch 2230 waren es 2002, davon über die Hälfte im Kanton Graubünden.

Dabei hat die Natur den Feldhasen für das Leben in der offenen Landschaft gut gerüstet. Sein Sehensinn ist hoch entwickelt, die «Löffel» nehmen jedes Geräusch wahr. Sollte die fast perfekte Tarnung durch das braune Fell versagen, rast ein Hase – Haken schlagend – mit 70 Stundenkilometern davon. Und mit seiner sprichwörtlichen Vermehrungsfreudigkeit könnte der Feldhase Bestandseinbussen rasch wieder ausgleichen. Vier Mal pro

Jahr bringt die Häsin bis zu vier Junge zur Welt.

Aber eben: Was dem Feldhasen zum Überleben fehlt, ist Nahrung, Platz und Deckung. Denn er verzehrt bis zu 100 verschiedene Arten von Krautpflanzen, mit Vorliebe verschiedene Gräser und Klearten, die er in der ausgeräumten und tot gespritzten Kulturlandschaft nicht mehr findet. Genauso wenig wie Hecken, die er zum Verstecken braucht. Wo schliesslich auch noch Strassen und Siedlungen ins Grüne wuchern und Lebensräume zerschneiden, steht der Feldhase auf verlorenem Posten.

Auch Schmetterlinge bedroht

Doch dort, wo sich Naturschutz und Landwirte gemeinsam für eine bessere Landschaft einsetzen, kann der Feldhase zurückkehren. Im Klettgau (SH), in der Wauwiler Ebene (LU) oder in der Champagne genevoise zum Beispiel. Buntbrachen, Hecken und Krautsäume helfen hier dem Hoppler buchstäblich auf die Sprünge, und auch den Schmetterlingen hilfts. Denn wie der Feldhase sind auch sie massiv zurückgegangen. Zwei Drittel der einheimischen Tagfalter stehen auf der roten Liste. Ihnen – und damit dem Hasen – will Pro Natura mit der Kampagne «Mehr Platz für Schmetterlinge» helfen, dass sie wieder mehr Raum zum Leben erhalten.

Die Hoffnung dafür keimt mit der neuen Ökoqualitätsverordnung des Bundes. Dank ihr erhalten Bauern Geld dafür, wenn sie naturnahe Flächen miteinander verknüpfen und sachgerecht pflegen. So entstehen wieder Lebensnetze, welche Feldhase, Schwalbenschwanz und Kornblume den Weg zurück ins Kulturland ebnen.

Pro Natura

Defizitärer Umweltbericht des BUWAL

Der Umweltbericht 2002 des BUWAL zeigt Erfolge und Misserfolge im Umweltschutz auf – und er verschweigt etwas.

Im Vorwort weist BUWAL-Direktor Philippe Roch darauf hin, dass der Umweltschutz zu einem festen Bestandteil sämtlicher politischer, wirtschaftlichen und sozialer Tätigkeit geworden ist. Viele Fortschritte sind erreicht worden, aber trotzdem sind Natur und Umwelt immer stärkeren Belastungen ausgesetzt. In den Industrieländern werden die Freiräume durch zunehmende Überbauung immer kleiner. Die Anstrengungen auf technischer und politischer Ebene müssen verstärkt werden. Ein erhebliches Potenzial liegt in der Entwicklung besserer Technologien. Da der technische Fortschritt allein nicht ausreicht, müssen wir unser Konsumverhalten hinterfragen. Und... aber eben, da fehlt etwas.

Im Text werden zahlreiche erfolgreiche Aktionen erwähnt. Das FCK-Verbot zum Beispiel wirkt sich positiv aus. Die Weltproduktion von stark ozonschichtabbauenden Stoffen lag im Jahre 1999 schon deutlich unter 20 Prozent des Wertes von 1989. Die Siedlungsabfälle pro Kopf haben abgenommen, steigen aber leider in den letzten zwei Jahren wieder an. Der Phosphorgehalt in den Gewässern ist drastisch gesunken usw. Auch noch anstehende Probleme werden nicht verschwiegen. Aber da fehlt etwas...

Was fehlt

Haben die Zuständigen noch nie etwas von der weltweit anerkannten Umweltformel gehört: $U = B, K, T$. In Worten: Die Umweltbelastung hängt ab von der Bevölkerungszahl (B), dem Pro-Kopf-Konsum (K) und der angewandten

Technik (T). Über Konsum und Technik wird reichlich geschrieben, aber die Bevölkerungszahl scheint keine Rolle zu spielen. Wohl werden in einem Satz die grundlegenden Probleme unserer Erde genannt: «Energieverschleiss, Klimaveränderung, Bevölkerungswachstum und Verschuldung der Entwicklungsländer», aber eine Seite später ist nur davon die Rede, wir «müssen unsere Lebensgewohnheiten den vorhandenen Ressourcen und Räumen anpassen.» (S. 268)

Dabei ist doch ohne lange Beweise einsichtig: Die ständig wachsende Einwohnerzahl – allein im Jahr 2002 sind es 57'000 Personen mehr – behindert Umweltschutzmassnahmen oder macht sie gar zunichte. Prof. Wolfgang Nentwig (Uni Bern) sagt daher wie viele andere Fachleute: «Etwas mehr Bescheidenheit und ein wenig Technik reichen nicht aus, um die ökologischen Probleme zu bewältigen, vielmehr muss das Problem der Überbevölkerung gelöst werden.»

Es ist ja klar: Die Bevölkerungsfrage ist ein heikles Thema, da könnte man sich leicht die Finger verbrennen, also lässt man das Tabu-Thema lieber beiseite. Abgesehen von diesem Mangel sind die beiden Bände eine wahre Fundgrube für jeden, der sich mit Umweltfragen befassen will oder muss.

Erfreulich ist es, dass das Umweltbelastungsdiagramm des ECOPOP-Mitglieds Dr. Wolfram Ziegler (TU München) eingesetzt worden ist, wenn auch in «abgeschwächter» Form. Daraus ist klar ersichtlich, dass es zwei Möglichkeiten gibt: Viele Menschen mit wenig Umweltbelastung oder weniger Menschen mit mehr Umweltbelastung.

Aus: *Ecopop-Bulletin* Nr. 41, Februar 2004

Dank für Bevölkerungswachstum

In den Medien und im Tagesanzeiger wurde die Statistik 2003 der Schweizer Wohnbevölkerung präsentiert. Überall erwähnte man, dass die Wohnbevölkerung dank der Einwanderung um rund 50'000 Personen gestiegen ist.

Störend ist, dass man für den Einwanderungsüberschuss dankbar sein muss. Die Zahl von 50'000 Personen, welche die Schweiz neu mehr bevölkern, entspricht 25-mal

der Einwohnerzahl der Gemeinde Lichtensteig. Dieser Einwanderungsüberschuss bedeutet auch rund 25'000 Autos mehr. Wieviel mehr Kulturland für Wohnraum gebraucht wird, kann man nur ahnen. Die Schweiz mit rund 7,5 Millionen Einwohnern ist bereits überbevölkert und muss deshalb nicht noch für weiteres Bevölkerungswachstum dankbar sein.

Kurt Koller, Lichtensteig



Kanton Bern



Stadt Bern: Bürgerliche grenzen SD aus

Das Gerangel um das Stadtpräsidium in den kommenden Gemeinderatswahlen artet immer mehr aus in ein Verwirrspiel bürgerlicher Parteipräsidenten und wird somit weder die erhoffte Wende be-











wirken, noch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Ohne die vorgesehene Fünferliste unter Ausgrenzung des Kandidaten der Schweizer Demokraten haben die SD kein Interesse mehr, die bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen. Die Schweizer Demokraten vertreten eine klare Linie und leiden nicht an einem Glaubwürdigkeitsproblem wie die SVP und FDP.

Die SD sind überzeugt, dass es nach dem lange andauernden politischen Trauerspiel der jetzigen Stadtregierung neue, nicht vorbelastete Kräfte braucht, welche das angeschlagene Image der Stadt wieder ins Lot bringen. Die beängstigend steigende Kriminalität, der ungehemmte Drogenhandel, die Vandalenakte in der Stadt, dies alles ruft nach starker Persönlichkeit.

Der politisch erfahrene Altstadtrat Walter Krebs, welcher als Gemeinderats-Kandidat der Schweizer Demokraten nominiert wurde, ist ein sehr bekannter und erfahrener Polizeibeamter und daher sehr geeignet, in der Stadtregierung Einsitz zu nehmen.

*SD-Stadtsektion Bern,
Hans-Peter Riesen, Grossrat, Bern
Dieter Beyeler, Stadtrat, Bern*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet immer am 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz, statt Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Sektion St. Gallen	Wegen Ostern findet der Informationsabend am 19. April, 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Will statt. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 31. März und 28. April, 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden
 TG	Sektion Thurgau	Freitag, 26. März, 20.00 Uhr, Jahresversammlung in Weinfelden
 OW	 NW Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Härdegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

SD 
Schweizer Demokraten

www.schweizerdemokraten.ch

Anzeigen

Steuererklärungen (ganze Schweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.-
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.-
Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



« Ohne Musik wäre
das Leben ein Irrtum. »
F. Nietzsche

Wir trauern um unseren lieben Freund und
Zentralvorstandsmitglied

Ernst Christen

Er verstarb am 12. Februar 2004 im 75. Altersjahr.

Der Verstorbene hat sich in verschiedenen SD-Parteigremien über viele Jahre für eine freie, unabhängige und schweizerische Schweiz stark gemacht. Noch im Wahlprospekt für die Berner Grossratswahlen formulierte er sein persönliches Anliegen wie folgt: «Mehr Mut der Schweiz, zu ihren wahren Werten zu stehen.». Als ehemaliger Musikdirektor, Gesangslehrer und als Mitglied des Schweizerischen Berufsdirigentenverbandes galt seine Leidenschaft ganz der Musik.

Mit Ernst Christen verlässt uns ein wahrer Patriot. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Schweizer Demokraten (SD),
Bernhard Hess, Nationalrat und Generalsekretär

Viel beachteter SD-Vorstoss von Lydia Riesen und Dieter Beyeler

Die Bundesstadt als Gefahrenzone!
Bürger der Stadt – Freiwild für Gewalttäter

Eine Gewaltbereitschaft in erschreckendem Ausmass hat Bern erreicht. Wie in einem Rausch von Wahnsinn schlagen, treten und misshandeln Gewalttäter, völlig wehrlose Mitmenschen beinahe zu Tode, und dies ohne Skrupel.

Eine grausame, aggressive und enthemmte Triebhaftigkeit dieser Täter findet hier angeblich ihren Ausdruck, indem sie Menschen, welche ihnen zufällig auf der Strasse begegnen, brutal zusammenschlagen und sie misshandeln; danach werden sie oft bewusstlos liegen gelassen. Szenen, schlecht hin sonst nur aus Brutalo-Filmen bekannt, sind in unserer Stadt leider beinahe zur Normalität geworden. So werden unglaublich erschreckende Gewalttaten mit grosser Gewaltbereitschaft ausgeführt, welche zurzeit niemand aufzuhalten oder zu verhindern vermag.

Offensichtlich ist die Sicherheit in der Stadt Bern inexistent geworden. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies eine latente Gefahr an Leib und Leben.

Aus diesem Grund ersuchen wir den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche dringend benötigten, griffigen Massnahmen gedenkt der Gemeinderat raschmöglichst einzuleiten, damit diesem eskalierenden und erschreckenden Gewaltpotenzial entgegen gewirkt werden kann?

2. Wie lange noch wird im Gemeinderat diskutiert statt gehandelt, und wie viele halb zu Tode geprügelte Menschen muss es noch geben? Wo bleibt dabei die moralische Unterstützung gegenüber den Familienangehörigen?
3. Wie viel Zeit muss verstreichen, bis Täter dingfest gemacht, verzeigt und anschliessend der gerechten Strafe zugeführt werden? Oder wie lange muss der Bürger dieser Bundesstadt noch in Angst und Schrecken leben?
4. Ist dem Gemeinderat bekannt, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger zum Selbstschutz Waffen aller Art auf sich tragen, teils mit, teils ohne Waffenschein, da offensichtlich die Stadt ihren Schutzauftrag nicht mehr zu erfüllen vermag?
5. Dem Gemeinderat sollte nicht unbekannt sein, dass immer mehr Stimmen laut werden, die öffentlich eine Bürgerwehr fordern, und dies nicht zu Unrecht! Oder hat der Gemeinderat zu guter Letzt eigene wichtige Pfeiler im Kampf gegen die Gewaltextremisten, welche er selbst einschlagen könnte?

Begründung der Dringlichkeit:

Diesem Gewaltpotenzial muss sofort und konsequent entgegen gewirkt werden. Kein Mensch in der Stadt Bern ist mehr sicher, die Angst in der Bevölkerung ist sehr

gross. Es kann jeden Tag einen weiteren Unschuldigen treffen. Grosses Leid, Trauer und Ratlosigkeit wird bei den betroffenen Angehörigen

angerichtet. Es muss wieder die Zeit kommen, in der Opfer und nicht Täter von der Gesellschaft geschützt werden.



Nidwalden/Obwalden



SD-Unterwalden

SD gegen Erhöhung der Hundesteuer

Die neugegründete SD-Sektion Unterwalden ergreift das Referendum gegen das vom Landrat erlassene Hundegesetz. Dieses schreibt vor, dass die neue Hundesteuer von heute Fr. 15.– auf neu Fr. 120.– (!) erhöht werden soll. Weiter soll ein obligatorischer Besuch einer Hundeschule Pflicht und eine Hundechip-Tragpflicht eingeführt wer-

den. Die SD können eine maximale Hundesteuer von Fr. 70.– akzeptieren und fordern sowohl die Einschulung der Hunde und das Tragen von Hundechips auf freiwilliger Basis. Ausserdem künden die SD Unterwalden eine eigene kantonale Kindergeld-Initiative an.

Beatrice Maissen, Aktuarin
SD-Unterwalden



Kanton Basel-Land



Wahlen BL: Bravo, gut geschlagen!

Unsere Gegner kündigten uns den Parteiuntergang an: Das Gegenteil trat ein. Die SD Baselland leben munter weiter! 12 Sitze hatten die SD zu verteidigen, 10 Sitze konnten gehalten werden.

Die Schweizer Demokraten haben bei den Baselbieter Gemeindevahlen vom 8. Februar 2004 insgesamt recht gut abgeschnitten.

Frenkendorf: Rudolf Keller überragend!

Bei der Gemeindekommissionswahl in Frenkendorf holte unser Zentralpräsident, Landrat Rudolf Keller, mit 746 Stimmen mit Abstand am meisten Stimmen aller 15 Gewählten. An zweiter Stelle folgt SP-Landrat und Kantonalpräsident Eric Nussbaumer mit 695 Stimmen. Sehr gut abgeschnitten hat auch Rahel Keller-Külling, die das zehntbeste Resultat machte und dank vielen Zusatzstimmen komfortabel auch einen Sitz für die SD holte – mit 454 Stimmen. Auch die Nachrückenden Martin Wolleb und Hanna Müller erzielten gute Wahlergebnisse. Der SD-Stimmenanteil lag im 6500 Seelen-Dorf bei 14,7%, was 2 Vollmandate ergab.

Gute 6,4 % in Pratteln

Bei den Einwohnerratswahlen ins 40-köpfige Parlament holten die SD mit Heinz Mattmüller und Armin Streit 2 Sitze, was einen leichten Stimmenverlust (minus 1 Mandat) bedeutete. Nur sehr

knapp wurde das dritte Mandat verpasst. Die beiden Nachrückenden sind Florian Reischenböck und Paul Osterwalder.

2 Sitze in Reinach

In der grössten Baselbieter Gemeinde Reinach werden die SD künftig mit zwei Sitzen vertreten sein. Mit einem Stimmenanteil von 5% wurden die beiden Bisherigen Urs Hammel und Lukas Brodbeck in ihren Ämtern bestätigt. Den Sitz des nicht mehr angetretenen Werner Spörri konnten wir leider nicht halten. Erster Nachrückender ist e. Landrat Roland Bächtold.

Wieder 3 Sitze in Allschwil: Weiterhin SD-Fraktion

Mit rund 7,3% Stimmenanteil wurden Bruno Steiger, Max Amsler und Nicolas Meier wiedergewählt. Max Amsler wird Alterspräsident. Nur aufgrund einer SD-Wahleinsprache erhielten wir 3 Sitze (mehr dazu in einem separaten Bericht).

Kein Sitz mehr in Liestal

Es ist bedauerlich, dass wir unseren einzigen Liestaler Sitz von Pascal Wyss nicht halten konnten. Liestal war immer ein schwieriges Pflaster für uns, was sich diesmal wieder bestätigt hat. Wir danken allen Kandidierenden und insbe-

Wahlen BL: Bravo, gut geschlagen

Fortsetzung von Seite 9

sondere Pascal Wyss für seinen Einsatz!

Mirko Meier gewählt

Auf der SVP-Liste ist in Birsfelden unser Mirko Meier in die Gemein-

dekommission gewählt worden. Er bleibt uns aber als Mitglied erhalten und wir wünschen ihm viel Erfolg in seiner Arbeit. Abschliessend danken wir allen, die für uns kandidiert und aktiv im Wahlkampf mitgeholfen haben. Unser Kampf geht munter weiter.

SD Baselland

Februar 2004, reagierten die zuständigen Behörden und veranlassten eine Nachkontrolle. Dabei stellte sich heraus, dass die SD zusätzlich 237 unveränderte Listen bekommen haben, die «irrtümlicherweise» einer andern Partei zugeordnet wurden. Das heisst, zu den 4'655 Stimmen kommen für die SD noch 9'480 Stimmen hinzu. Dies bedeutet, dass die SD ihren Fraktionsstatus mit 3 Allschwiler Sitzen (Bruno Steiger, Max Amsler, Nicolas Meier) behalten können und 7,3% der Stimmen für sich geholt haben. Hätten die SD keine Beschwerde gemacht, wäre das nie entdeckt worden.

Schon vor 4 Jahren erteilte uns dasselbe Schicksal in Reinach, wo es laut dem offiziellen Endergebnis hiess, die SD hätten ihre 3 Einwohnerratsitze verloren. Dann intervenierten wir und am Dienstag nach den Wahlen musste das Wahlergebnis zu unseren Gunsten korri-

giert werden – wir hatten wieder 3 Einwohnerratsitze.

Nach wie vor können wir uns nicht erklären, weshalb wir bei den Riehen (BS) Gemeindewahlen weniger SD-Listen erhielten, als wir Mitglieder haben. Damals liessen wir es schlittern, weil wir nicht den Anschein erwecken wollten, wir seien schlechte Verlierer. Aber es ist eben auch Fakt und statistisch durch ungezählte Wahlgänge bewiesen, dass unsere Mitglieder sehr diszipliniert an die Urnen gehen und unsere Listen jeweils unverändert einlegen.

Glauben Sie an Zufall?

Wer gibt uns die Garantie, dass so etwas nicht wieder vorkommt? Müssen aus den obigen Darlegungen in den Wahlbüros Konsequenzen gezogen werden?

Rudolf Keller,
Landrat / e. Nationalrat
Präsident, SD-BL, Frenkendorf

Wahlmanipulation?

Sehr geehrte Damen und Herren

Ist es vielleicht, weil wir eine kleinere und nicht immer brave Partei sind?

Heute werden Sie von der Allschwiler Gemeindepräsidentin Ruth Greiner darüber informiert, dass es anlässlich der Allschwiler Einwohnerratswahlen zu Unregel-

mässigkeiten gekommen ist. Uns Schweizer Demokraten wurden am Wahlsonntag nur 12 unveränderte und 91 veränderte Listen gutgeschrieben – total nur 4'655 Stimmen. Dies reichte gerademal zu 2,3% der Stimmen und für das letzte 40. Einwohnerratsmandat. Nach einer Beschwerde an den Regierungsrat, am Montag, den 16.



Zuviele sagen: «...ohne mich!»

Viele meinen es bitterernst – sie wollen nichts mehr wissen, nichts mehr hören und haben längst «umgeschaltet»? Politik interessiert sie nicht mehr! Sie sind bereit, wenn möglich nur noch ihre eigenen Interessen zu vertreten. Land, Volk und Allgemeinheit haben sie längst aus ihrem Vokabular gestrichen! Was für ein Elend in der ältesten Demokratie der Welt! Was für ein Jammer für Politiker und Land? Was für eine Zukunft für unsere Kinder?

Versager

Wir Schweizer Demokraten sind eine Oppositionspartei – Parteien in der Regierung sind Regierungsparteien – beide sollten das Volk und die Menschen informieren – anständig, korrekt und aus ihrer Sicht. Diese breite Information in allen staatspolitischen Belangen ist die unentbehrliche Basis einer gesunden Demokratie. Sie erlaubt dem Stimmbürger eine breite Sicht in allen Fragen, Abstimmungen und Sachthemen. Diese breite Sicht der Dinge macht die Demokratie stark, sinnvoll und glaubwürdig. Sie schafft Vertrauen und ist die Basis von klugen, weitsichtigen und allen dienenden Volksentscheiden. Diese Basis fehlt heute beinahe zu hundert Prozent. Nehmen wir eine Zeitung zur Hand; wo findet der Leser Informationen

zu Sachfragen, möglichst von allen Parteien?

Dirigieren alles...

Genau da liegt die Krux – wir haben heute nur noch wenige Zeitungen. Genau genommen haben viele Bürger überhaupt keine Wahl mehr. Dem Diessenhofer bringt das Bodensee Tagblatt kaum etwas, in Arbon kann die Thurgauer Zeitung vielen nicht genügen. Genau genommen müsste also heute jede Tageszeitung alles bringen, breit informieren, für alle da sein! Alles hiesse, allen Parteien ein Forum bieten. Alle müssten «gleich lange Spiesse» haben und in einem gewissen Rahmen darlegen können, was sie zu Problemen, Vorlagen, Sachthemen und Fragen der Bürger meinen.

Leider ist das bis heute reine Illusion! Die Medien werden beherrscht von Medienschaffenden und Redaktoren, die ihre Politik machen und zwar ohne jede demokratische Legitimation. Diese Damen und Herren zerstören unsere Demokratie. Sie haben grösstenteils jene 60 Prozent auf dem Gewissen, die nicht mehr an die Urnen gehen. Sie sind auch schuld, wenn Zeitungen sterben, massenweise Abonnenten und Inserenten verlieren. Aber sie sind eine Macht, und es gibt kaum einen Politiker, der nicht Angst vor ihnen hätte...

Die Medienlandschaft muss korrigiert werden!

Jede Zeitung und jeder Redaktor soll schreiben und publizieren können – aber die Demokratie darf nicht leiden! Wenn nur eine einzige Seite reserviert wäre zum Beispiel für Stellungnahmen der Oppositionsparteien, wäre schon viel erreicht! Natürlich müssten solche Stellungnahmen ohne Zensur und Manipulation möglich sein. Auch die Leser sollten Stimme haben und Meinungen frei darlegen können. So wäre selbst eine FDP- oder

SP-Zeitung für alle, alle würden sie akzeptieren, sie lesen und abonnieren. Dies wiederum wäre für Unternehmer und Gewerbe ein starker Grund, darin zu inserieren. Diese Zeitung wäre bald in allen Haushalten, und ihre wirtschaftliche Zukunft könnte so gesichert werden. Warum, liebe Mitbürger, werden einfache und überzeugende Wege nicht begangen? Eben, weil nicht Legitimierte auf unsere Kosten Dinge treiben, die sie niemals tun dürften...

Willy Schmidhauser,
Präsident SD Thurgau



Demokratie von Fall zu Fall!

Bei den Ersatzwahlen in die Kommissionen war nur das Präsidium der Geschäftsprüfungskommission (GPK) umstritten. Der vorgeschlagene freisinnige Hanspeter Gass wurde mit (überraschend wenigen!) 58 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen gewählt. Der Basler Grosse Rat zählt übrigens 130 Mitglieder! Der Sprecher der SD-Fraktion, Markus Borner, wollte in seinem Vortrag insbesondere auf die fehlende Unabhängigkeit des FDP-Kandidaten, welcher beruflich als Stellvertretender Verwaltungsdirektor des Basler Theaters tätig ist, hinweisen. Dieser Kulturbetrieb bezieht bekanntlich namhafte Subventionen vom Kanton. Und eben dieser neue Präsident wird künftig diesen Subventionsfluss

(mit)kontrollieren, so ganz uneigennützig... und neutral.

Im Basler Rathaus geschehen Dinge, von denen die Öffentlichkeit anscheinend nichts erfahren darf. Der SD-Protestbrief ging am 12.01.04 nicht nur an die Präsidentin des Grossen Rates, sondern auch an alle elektronischen und Print-Medien in Basel. Keine Silbe wurde über das Redeverbot oder zumindest die Vorbehalte des SD-Sprechers verbreitet. Alle Medien handelten in dieser Angelegenheit gleich, d.h. das Wichtige bei den Kommissionswahlen wurde rasch unter den Tisch gewischt. Warum denn? Offensichtlich bestehen doch gewisse Zusammenhänge...

Basil Schweizer



Kanton Zürich



Bezirk Uster

Grosse Sängerin und SD-Mitglied wurde 90-jährig!

Die ehemalige Konzertsängerin und aktives NA- und SD-Mitglied Ruth Mörgeli-Mutter wurde am 20. Februar 2004 90 Jahre alt. Auch wir gratulieren! Frau Mörgeli war fast regelmässige Besucherin unserer 1. August-Feiern und mehrmals Kandidatin für den Dübendorfer Gemeinderat.

Nach fünfjährigem Studium, teils an der Gesangsschule Fässler-Müller in Zug, teils an der Musikakademie Zürich, erfreute Ruth Mörgeli-Mutter ihre Zuhörerinnen und Zuhörer während 35 Jahren mit ihrer schönen Sopranstimme (immer ohne Notenblatt). Ruth Mörgeli-Mutter, die am 20. Februar ihren 90. Geburtstag feiern durfte, war für die Oper befähigt, aber das Tages- und Nachtprogramm passte nicht für ein normales Familienleben, und so wurde sie Konzertsängerin. So war sie zu hören an Liederabenden, als Solistin im Kirchenchor und in den 60er Jahren im Kammerchor unter der Leitung von Theo Halter, an vielen Hochzeits- und Trauerfeiern in Kirchen, an Vereinsanlässen und während zehn Jahren beim Migrosclub für Senioren im Wengihofsaal, wo sie Wiener Lieder

sang, wozu sie besonders befähigt war.

Auch bei Aufenthalten in Italien erfreute sie die Zuhörenden mit italienischen Opernarien, und in Wien begeisterte sie mit Wiener Liedern. Auch ohne Oper kann Ruth Mörgeli-Mutter auf ein reich erfülltes Konzertleben zurückblicken. Nach ihrem 60. Geburtstag lernte sie, sich am Klavier selber zu begleiten. So erfreute sie Gäste mit Hauskonzerten im kleinen Rahmen bis zu ihrem 89. Geburtstag.

Ich hörte Ruth Mörgeli-Mutter zum ersten Mal anlässlich ihres und meines Ehemanns 80. Geburtstag im Alters-Zentrum Dübendorf, als sie schöne Lieder vortrug. Dank meines Interesses an ihrer fabelhaften Stimme durften wir anschliessend ihre schönen Hauskonzerte besuchen, die mit kulinarischen Köstlichkeiten liebevoll umrahmt waren. So entstand eine Freundschaft. Ich bin dankbar für die schönen Erlebnisse mit der Jubilarin und freue mich immer wieder am gemeinsamen Klavierspiel und Singen.

Gret Richenbach in: Glattaler

gemeinde, in welcher die JSD mit 6.8% Wähleranteil die viertstärkste Liste war. Um diese Erfolge zu erhalten war natürlich auch einiges an Arbeit gefragt. So wurden z.B. Flugblätter verteilt oder mit den Leuten bei den Unterschriften-sammlungen diskutiert. Besonders erfreulich war das offensichtlich grosse Interesse von jungen Wählern an unserer Partei.

Von den eingegangenen Talons des Wahlprospektes waren gegen 80% der Interessenten unter 30 Jahren jung.

Trotz dieser freudigen Meldungen ist es eine Tatsache, dass unsere Mutterpartei weiter an Wählerstimmen verliert. Doch der Kampf geht weiter!

*Tai Moser,
Präsident JSD Schweiz*

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Private Wasserwirtschaft ist Diebstahl am Schweizervolk

Uns ist bewusst, Trinkwasserkonsum verursacht hohe Kosten. Die Schweizer Bevölkerung hat in Gemeinden und Städten für ihre Trinkwasserversorgung grosse Geldbeträge in die Erstellung und den Unterhalt aufgewendet, was so richtig ist. Nun wird versucht, über die Behörden und Ämter die von den Steuerzahlern erbrachten Leistungen zu globalisieren. Globalisieren des Grundwassers ist nichts anderes, als die Bürgerinnen und Bürger zu enteignen, damit die Finanzhaushalte über ganz kurze Zeit ein wenig besser, aber auch beschönigt dargestellt werden können. Die Gemeindevertreter gehen bewusst, oder auch unbewusst den Weg des geringsten Widerstandes, und das ist die Privatisierung in Aktiengesellschaften (wie z.B. Bier- und Mineralwasserquellen). Diese Aktien-Kleinbetriebe werden von global Players (Weltspielern) wie z.B. Vivendi, Suez und die Essener RWE früher oder später zu unglaublichen Konditionen übernommen. Das Abzocken wird so in die Wege geleitet. Die Steuern wechseln zum Teil im Wortlaut zu Gebühren. Die Optimierungen (Kosteneinsparungen) werden in die Tat umgesetzt. Das soll heissen, dass fähige

Personen mit Orts- und geologischen Kenntnissen aus den Betrieben wegrationalisiert werden. Die Unterhaltsarbeiter, die mit den Betrieben verwachsen sind und grosse Kenntnisse über die Anlagen aufweisen, werden ausgetauscht. Damit ist klar, hier wird diskret vertuscht!

Alle stillen Reserven (Volksvermögen) die für die Instandstellung der Anlagen zurückgestellt wurden, können so in das Mutterhaus den so genannten Managern «zugespielt» werden (was mit den hohen Geldbeträgen gemacht wird, ist uns allen bekannt). Kommen die Konzerne mit Gebührenerhöhungen nicht durch, werden die Unterhaltsarbeiten an Gebäuden (Reservoirs und Zuleitungen) minimiert und die Keimbeobachtungen aus Kostengründen intern unter den Tisch gewischt, bis alles zu Bauruinen verkommen ist.

Das nennt man auf gut Berndeutsch lizenziertes Stehlen und Betrügen.

Wir Schweizer Demokraten (SD) fordern von den Behörden, dass diese Art der Bevorzugung des Vampir-Kapitalismus in jeder Art und Weise verboten und strafrechtlich verfolgt werden muss.

Roland Schöni, SD/BeO

JSD -Standpunkt

Jahresbericht des Präsidenten für das Jahr 2003

Das Jahr 2003 stand ganz im Zeichen der Eidgenössischen Wahlen. Der Vorstand traf sich in diesem Jahr sechs Mal zu Vorstandssitzungen. Für die Parteimitglieder und unsere Sympathisanten wurden durch das Jahr vier Veranstaltungen organisiert. Das waren im Mai der Vortrag von Vizepräsident A. Beyeler, welcher die Zahlen des Bundesamtes für Statistik zu den Ausländerfragen darlegte, und im Oktober der Vortrag von E. Christen, unserem Verbindungsmann zur Mutterpartei. Er referierte über Tatsachen, Fragen und Antwortversuchen zu Adolf Hitler und zum zweiten Weltkrieg. Der 1. August wurde in Flums/SG mit der Mutterpartei gefeiert. Im Dezem-

ber fand unser traditionelles Fondueessen zum ersten Mal mit Fleisch anstelle von Käse statt, was uns prompt einen Besucherzuwachs von rund 30% bescherte.

Nationalratswahlen 2003:

Die Jungen Schweizer Demokraten feierten dieses Jahr eine Premiere. Zum ersten Mal traten wir in den Kantonen Bern und Aargau mit eigenen Listen an. Im Kanton Bern war eine regelrechte Popularität unserer Frauen festzustellen. Die drei Kandidatinnen landeten auf den Plätzen eins, zwei und vier! Der Beweis, dass unsere Frauen wählbar sind. Besonders freute mich das Ergebnis meiner Wohn-

Schliesstechnik Heiniger

8180 Bülach

Tel. G 01 860 36 84
Natel 078 707 36 84
Notfall 079 352 36 84

www.schluesselheiniger.ch

E-Mail:
info@schluesselheiniger.ch

Gewinner des letzten Rätsels:

Verena Lendi-Hug, Wisenrain, 8885 Mols und 19 weitere Gewinner, welche direkt benachrichtigt werden.

Herzliche Gratulation! Wir wünschen viel Freude mit Ihrem neuen Buch.

Gewinnen Sie im März

- 1. Preis: 3 Schlüsselfundmarken
- 2. Preis: 2 Schlüsselfundmarken
- 3. Preis: 1 Schlüsselfundmarke

im Wert von je Fr. 25.- für 10 Jahre, gesponsert von Schliesstechnik Heiniger, Bülach.

Lösungswort und Absender auf Postkarte schreiben und einsenden an:
Schweizer Demokraten SD, Kreuzworträtsel, Postfach 140, 3655 Sigriswil
Einsendeschluss ist der Samstag, 3. April 2004 (A-Post) – Viel Glück!
Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösung: 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Liebe SD- und Rätselfreunde



Zu Beginn eine erfreuliche Nachricht: Unser letzter Sponsor, das Atelier für Ernährung und Wohlbefinden in Gunten BE, hat uns 20 Buchpreise für unser Rätsel zur Verfügung gestellt, nicht wie angekündigt nur deren sechs. Gerne

werden wir also diese 14 weiteren Preise unter unseren aktiven Rätslern weiterschenken. An dieser Stelle nochmals vielen Dank an Frau Schmutz und Herrn Bärtschi! Nun, diesen Monat besuchen wir einen Sponsor in Bülach, nämlich die Schliesstechnikfirma Heiniger. Ihre Spezialitäten sind u.a.

- 24-Stunden-Schlossöffnungsdienst
- Schlüsselservice
- Einbruchschutz
- Schlüsselfundstelle

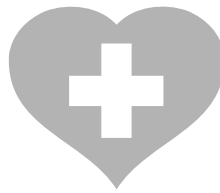
Besuchen Sie die Firma doch einmal selber im Internet über www.schluesselheiniger.ch, oder schauen Sie persönlich vorbei.

Der Inhaber Roland Heiniger freut sich bestimmt!

Ich meinerseits freue mich über Eure Rätselteilnahme und Reaktionen sowie über weitere neue Sponsoren. (Anmeldung unter Telefon 033 251 05 34 oder schriftlich unter Schweizer Demokraten DS, Postfach 140, 3655 Sigriswil.)

Für heute bleibt mir nur noch Euch einen guten Start in den Frühling zu wünschen. Bis bald!

Barbara Zbinden, Aeschlen



L'agrandissement de l'Europe, une grave erreur!



Mary Meissner,
Vernier

L'uniformisation du monde dont parlait déjà Teilhard de Chardin est en train de se réaliser dans cet essai désastreux de l'U.E. face à ce qui conduit au mondialisme. Car à force d'avoir voulu saccager ses repères extérieurs en homogénéisant les lieux et les moments, en désacralisant ce qui est respect, honneur ou patriotisme, c'est que depuis bien longtemps, durant ce siècle, les repères intérieurs ont été détruits. Déboussolé intérieurement, seul pour inventer un sens à ce qu'il fait et à ce qu'il défait, l'homme désarmé erre dans le monde de l'homogène. Il se complaît dans un environnement où plus il y a de bruit supplantant le sens, la futilité gagne du terrain sur la scène extérieure et plus la personne ressent le besoin impérieux de hiérarchies intérieures. C'est ainsi que l'Etat homogène et universel est apparu. L'alignement des provinces puis des pays et ceci sous la vigilance accrue, la surveillance, la repentance, la pénalophilie, le droit de l'hommisme, toutes les prides du monde, qui sont en même temps les tombeaux de la diversité et du goût de vivre. Les ultimes résistances se sont ralliées à la festivisation d'un monde en perpétuelle communication ludique, sous les regards de l'art brut et de tableaux dégénérés.

Ceci a conduit l'Europe et ses dirigeants à renier le caractère honteux des diversités régionales propres et à devenir un décalque de l'Amérique sous prétexte «honorable et rassurant» de mondialisation. N'est-ce pas le révélateur du monogramme représentant l'euro, soit un E traversé par une double barre parallèle qui rappelle celle du dollar? Une particularité de l'euro passée sous silence, il ne se prête

pas à l'argot ou aux patois régionaux. Va-t-il tuer, comme le sont les langues occidentales, l'originalité et la canaillerie sous le sabir atlantique?

Au départ, il y avait deux conceptions de l'Europe, celle de Jean Monnet qui est le gigantisme de l'empire napoléonien, et celle de de Gaulle et d'Adenauer, l'Europe des patries. La première est utopique, une alliance mathématique de peuples disparates et la seconde propose de gouverner un corps immense, genre de Babel fragilisée par les diverses parties qui la composent, ne tenant pas très bien ensemble. Certaines n'attendent qu'un échec, une querelle, un malentendu, bref un prétexte pour se détacher et reprendre une existence nationale. Comment avoir une influence sur la marche du monde quand on parle au nom de 25 peuples, de 25 particularismes plus ou moins sourcilieux?

Au départ, l'Europe des six tout en conservant ses caractères divers, formait un bloc de 150 millions d'habitants dont les intérêts et les aspirations étaient semblables. Georges Pompidou à l'époque, n'eut de cesse que l'Angleterre entrât dans le club. C'était oublier que depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale, la politique britannique avait comme unique priorité l'alliance avec les Etats Unis. Admettre l'Angleterre c'était laisser entrer un genre de cheval de Troie qui, en cas de choix dans telle ou telle circonstance politique, donnerait invariablement la préférence à l'Amérique, et à son expansionisme belliqueux (voir la guerre d'Irak). Que va devenir cette lourde machine européenne? Pour le moment c'est l'acceptation tacite d'une utopie démocratique qui préfère l'illusoire au possible. Toutes les ruines matérielles ne sont pas encore résorbées, et de plus, la pression étasunienne se fait très lourde concernant l'aide à la reconstruction en dehors de l'Europe. Le terrorisme l'accule d'autre part à se renforcer dans l'union. Mais elle oublie en lorgnant vers l'Amérique, que son cas est différent. Là-bas en 1776, la

géographie préexistait à l'histoire, la terre et la politique, de sorte qu'il n'y avait pas de difficultés ataviques, à unir les nations entre elles par une constitution commune. Face à l'Europe ayant connu nombre de guerres fratricides, l'Amérique n'a eu que la guerre de Secession. Et depuis personne n'a remis en question le gouvernement de Washington. Ce qui n'est pas le cas à Bruxelles et Dieu seul sait ce qui va advenir dès l'entrée de dix nouveaux membres très différents les uns des autres vivant dans des pays disparates aux langues slaves. Et puis, déjà la Slovaquie et la Tchéquie ont refusé l'euro et plusieurs syn-

dicats élaborent des lois pour protéger les travailleurs autochtones.

Il n'est dès lors pas étonnant que tant de responsables politiques ressentent vis-à-vis de l'U.E. un certain malaise qu'ils essaient de minimiser, car ils se cramponnent d'une part à l'utopie démocratique illusoire et de l'autre à un bouclier pouvant les protéger dans l'avenir de toute faute éventuelle.

Ah! elle est belle la future Europe maousse rose-rouge s'inspirant du modèle soviétique tant décrié, et se pliant au totalitarisme guerrier étasunien.

Quelques remarques

Selon une technique éprouvée et souvent utilisée efficacement par les inquisiteurs du Moyen Age mais aussi les fouineurs contemporains, certains journalistes aiment diaboliser ceux qui n'ont pas l'heur de plaire, on leur attribuant des propos soigneusement détachés de leur contexte. En voici un exemple: Dans la Presse Riviera Chablais on peut lire cette phrase en date du 26 février concernant la votation du 16 mai sur la 11e révision de l'AVS, «le régime choisi prévoit notamment un relèvement de la retraite (...) et l'UDC se réjouit particulièrement du fait qu'aucun soutien financier n'ait été prévu pour favoriser les retraites anticipées des personnes avec un revenu modeste.»

Qu'est-ce que cette phrase mensongère attribuée à l'UDC vient faire dans une supposée citation émanant seulement du journaliste et de ses états d'âme.

Il aurait mieux fait de confirmer que l'UDC critique cette proposition étatique mal ciblée, puisqu'on pourrait faire des économies dans le domaine très onéreux de l'aide aux demandeurs d'asile qui coûte des milliards à la Suisse.

Mais évidemment, un tel pavé dans la mare fera augmenter la haine raciale distillée par nos médias gaudichants.

Autre méchanceté

2.5 milliards de francs ont été débloqués pour aider une nouvelle *Fondation Education et Développement* afin d'éduquer les enfants contre l'antisémitisme, le racisme, au lieu de rénover intelligemment un enseignement digne de ce nom. Voilà aussi de l'argent inutilement jeté par les fenêtres et qui aiderait mieux la 11e révision de l'AVS. Ne nous étonnons pas d'avoir de plus en plus de cancre sortant de nos écoles puisque leurs têtes sont bourrées de slogans haineux et de contre vérités les incitant à critiquer unilatéralement leurs propres ethnies européennes. Par contre lors de votations futures, ils soutiendront ceux qui leur ont fait voir des vessies au lieu de lanternes et ils seront prêts à être manipulés

Charlotte Morel



Le spectre angoissant d'une 3e Guerre mondiale

Nous avons reçu une brochure intitulée «La Suisse Soumise» d'Albert Leimgruber, membre d'une association dont on ne parle pas dans nos médias, Young4FUN, qui s'est fondée en 2001 et qui regroupe des jeunes se battant pour une Suisse indépendante et neutre, contre les bilatérales boiteuses et naturellement contre l'adhésion à l'U.E.

Il s'agit d'un réquisitoire sans concession impliquant l'OTAN et les dangers inhérents à ce mouvement tentaculaire qui englobe petit à petit, tous les pays européens et les Etats-Unis, visant à former un demi bloc mondial militarisé contre un second bloc accusé de veillétés terroristes. Mais est-ce possible de partager en deux notre globe en se targuant d'avoir le monopole de la sécurité? Une militarisation à outrance comprenant les forces terrestres, aériennes et navales des pays les plus riches, dans le but de lutter contre le terrorisme est une utopie, tant il est vrai que contre cette guerre larvée, on ne peut utiliser des canons pour tuer une mouche. Jusqu'au sommet de Prague, l'OTAN était une entité défensive européenne infiltrée par les Etats-Unis, mais elle s'est transformée lors de cette session. Elle est devenue une OTAN capable d'affronter les engagements en temps durs, du Détroit de Gibraltar par les Balkans jusqu'au sud de la Turquie. (*Ne nous étonnons donc pas des propositions qui sont faites à ce pays d'entrer dans l'U.E. puisqu'il est déjà dans l'OTAN.*) D'autre part l'O-

TAN se prépare à recevoir une demande à l'engagement de stabilisation dans la capitale de l'Afghanistan. En clair, l'OTAN a transformé ses capacités, ses membres et ses missions. Elle est devenue un pion dans les mains des Etats-Unis qui posent un peu plus fermement les bases de leur hégémonie mondialiste par le biais d'un super gouvernement militaire aux ordres et à la botte de l'Amérique de Bush et consorts appartenant au CFR, cet état occulte dans l'Etat, qui téléguide ces changements depuis des siècles. Car ce ne sont pas les hommes aux commandes qui sont fautifs puisque ce sont des marionnettes, mais les groupes occultes auxquels ils obéissent. Au sommet d'Istanbul qui aura lieu encore cette année, l'OTAN a donné comme instruction de continuer à développer la Force de réaction afin de mettre en place une capacité opérationnelle complète au plus tard en octobre 2006, pour lui permettre d'agir avec rapidité. De conséquence, il y a lieu de renforcer les exercices qui enseignent les meilleures façons de lutter contre les armes chimiques, biologiques, radiologiques et nucléaires.

La Suisse, soumise, transforme son armée XXI afin qu'elle devienne compatible avec les exigences de l'OTAN, et Schmid, comme Ogi avant lui, n'y voit que du feu. Ce gendarme du monde demande déjà à chaque pays membre, d'augmenter son budget militaire, de modifier ses lois nationales voire sa Constitution. Heureusement que pour l'instant le département mili-

taire fédéral accepte de diminuer son budget, de retarder l'achat d'avions, et de vendre ses surplus d'armement. Une bien misérable protection vis-à-vis de notre neutralité qui se délite lentement. Pour la Suisse, la coopération entre l'UE et l'OTAN se basant sur l'ONU, comprend le risque de se retrouver dans des structures internationales plus vite que l'on ne pense. De plus en entrant dans le Partenariat pour la Paix, la Suisse a déjà franchi la limite, car elle participe au programme de l'OTAN.

Les votations sur l'armement des soldats suisses à l'étranger et de la dernière réforme militaire ont montré que notre pays collabore intensivement avec l'alliance atlantique sans même que les commissions parlementaires responsables soient au courant. Quand donc aura lieu un débat sur cette question capitale? Surtout que la Suisse sous couvert d'aide humanitaire va être mise à contribution dès l'agrandissement de l'UE aux pays de l'Est, comme elle le fait déjà en Indukush. Donc pas de rapprochement supplémentaire avec l'OTAN, pas d'entrée dans l'UE (L'ONU ça suffit) et pas d'engagement signé sans l'accord de la population.

Nous conseillons à nos abonnés de lire cette brochure très édifiante et pleine d'informations détaillées qui ouvrent des horizons fermés jusqu'à présent et qu'Albert Leimgruber essaie d'ouvrir afin que nous ne mourrions pas idiots.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates
Suisses **DS** 

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

8 Mars la journée femmes

Une fois de plus on peut se demander pour qui roulent ces femmes qui iront manifester partout en Suisse et en Europe toutes vêtues de rouge. Cette seule couleur qui évoque la guillotine et les goulags soviétiques repousse toutes celles qui ne sont pas de gauche. Dans mon cercle de connaissances féminin, j'en connais plus de 320 que j'ai compté une fois alors que je voulais faire cadeau à des amis, en souvenir, mon recueil de poèmes agrémenté de la reproduction de mes toiles. Elles refusent toutes d'aller défilé comme au premier mai obligatoire, lorsque le communisme avait pignon sur rue.

Ce qui me navre le plus, c'est la propagande que leur font les médias sans souligner ce côté carnavalesque que ces dames donnent à

leurs manifestations en s'agitant comme des marionnettes, en chantant comme des clowns et en émettant des cris indécents. Peut on vraiment prendre au sérieux ces démonstrations qui ne reflètent absolument pas les revendications sérieuses que l'on voudrait entendre et voir sur des calicots. Se limiter aux crèches, au partenariat des maris dans le ménage et aux quotas féminins dans la politique, c'est un peu mesquin. Si c'est vraiment pour obtenir une égalité sérieuse, pourquoi ne pas s'attaquer aux horreurs vitales qui continuent à accabler les femmes dans le monde entier comme l'excision, les mariages forcés, les masques en cuir sur le visage, la barqa étouffante, l'exclusion dans les écoles, l'assassinat institutionnalisé pour les

bébés filles, l'acide jeté au visage par des hommes jaloux, le lynchage accepté par les barbus enturbanés et l'interdiction d'IVG même pour des cas pénibles.

De plus il y a d'autres moyens pour dénoncer les affichages sexistes. C'est tout simplement la limitation stricte des réclames à la télévision, à la radio et sur des posters. Le dernier sondage sur ce sujet montre 96% de refus d'une population qui vomit ce matraquage non désiré.

En ce qui me concerne je n'ai jamais souffert de quelque manière que ce soit d'être une femme, car j'ai toujours pu m'exprimer, convaincre et me battre pour une cause. Et ce n'est pas les quelques centaines de francs que mon mari gagnait de plus que moi qui m'ont affectée.

Ne dit on pas que l'argent ne fait pas le bonheur.

Maria de Seinners

La Suisse se délite-t-elle sous l'influence de sociétés occultes?

On peut se poser la question, car depuis un certain temps, tous les malheurs du monde s'accumulent d'une façon concertée sur ce petit pays particulier qui dérange passablement de pays moins bien placés. Jusqu'à il y a peu, la Suisse était admirée pour son savoir faire, sa précision, sa ponctualité, son efficacité, son calme dans l'industrie, le tourisme et le commerce, la fiabilité de ses banques et son système démocratique le plus ancien du monde conforté par une neutralité à toute épreuve.

Or, depuis les furieuses attaques des Etats Unis sur les comptes juifs on déshérence (*dont aujourd'hui encore les Eisenstat et Fagan accusent les banques suisses de retenir 1.25 milliards de dollars, alors que ce sont ces mêmes avocats qui sont responsables de la distribution,*) tout semble se déliter comme si un virus se mettait à ronger nos mœurs, nos coutumes et nos racines. Swissair s'est effondrée en 2001 et Swiss a de la peine à remplacer ce qui faisait notre réputation nationale dans les transports aériens. Plusieurs grandes entreprises ont délocalisé et le chômage sous prétexte de difficultés financière s'est élevé à 4 % de la population (6 % à Genève où il y a 50 % d'étrangers), les subsides aux chômeurs étrangers sont plus élevés que ceux des Suisses, les affaires stagnent, les pertes boursières sont abyssales, les dépenses d'investissement augmentent, nos caisses de retraites perdent de l'argent et les caisses maladie n'en finissent plus de demander des augmentations de cotisations. Nos conseillers fédéraux ont recours aux emprunts surtout pour construire les NLFA après la tragédie du Gothard. Mais ces frais divers auxquels il faut ajouter les milliards dépensés en faveur des requérants d'asile (dont 37'318 Africains, 33'379 venant d'Amérique centrale, 80'792 d'Asiatiques, 78'946 de Turcs et 348'398 venant de Yougoslaves, sans compter quelques centaines de milliers de clandestins,) n'améliorent pas le bien-être des habitants qui se paupérisent sous des charges d'impôts inconnues jusqu'ici. Même l'éducation en prend un sale coup sous l'affluence dans nos classes d'étrangers inadaptables. Nous qui avions la réputation de former de grands spécialistes dans tous les domaines en prenons plein la vue après lecture du rapport de l'OCDE. Que dire de la déliquescence de notre neutralité? Nos autorités sont en train de la vendre par petits morceaux aux forces

étrangères et elle ne sera plus que le pâle reflet de ce qu'elle était, puisque des contingents militaires vont en Bosnie et au Kosovo (armés) et que nous sommes devenus membre de l'ONU. Notre identité nationale qui se distinguait par une neutralité armée s'efface peu à peu dans une diminution drastique de nos soldats de milice. Last but not least, notre «*Alleingang*» dans l'Union européenne nous oblige à nous battre contre les mesures de rétorsion françaises, les menaces contre le secret bancaire, et une dictature de Schengen, rendant les citoyens épris de liberté très suspicieux des mesures centralisatrices de Bruxelles dont la bureaucratie paperassière rejoint celle qui sévissait à Moscou.

Si je relate ici des faits déjà connus c'est pour essayer de répondre à la question des possibles infiltrations occultes dans notre pays, qui, comme par exemple le CFR aux Etats-Unis (*Council of Foreign Relations*) forme le noyau occulte des décideurs.

Par exemple sait-on qui sont les deux démocrates qui veulent renverser Bush aux USA? John Forbes Kerry, auréolé de son rôle au Vietnam a été ensuite à la tête des campagnes contre la guerre dans ce pays au nom d'un pacifisme qui s'est bien gardé de dénoncer la méthode du CFR, qui n'a pas cherché la défaite du communisme vietnamien, mais a obligé les communistes à un compromis avec Washington. Pour vaincre Hanoï, il suffisait de bombarder les ports où Moscou apportait armes et munitions et les endroits où elles étaient stockées. Au contraire, dès 1967, Kissinger a traité en secret avec Hanoï. Kerry n'a jamais dénoncé ce double jeu et il est entré au CFR. Si sa mère descend d'une famille de Boston dont le grand père est né Fritz Kohn, John a pris le nom de Kerry pour cacher sa filiation juive austro-tchèque.

John Kerry a pour principal conseiller, Rand Beers appartenant aussi au CFR, et Max Boot le fer de lance des internationalistes du CFR issu d'une famille juive russe émigrée en Uruguay. Une belle brochette de petits copains, internationalistes et américanistes au sein d'une même association secrète, deux factions de même origine s'opposent donc au sein du CFR.

En 1995 lorsque Kerry se battait pour son poste de sénateur au Massachusetts, il a remercié par écrit le sino-taiwanais Johmy Chung pour l'argent reçu de Liu Chaoying, lieutenant colonel des forces

aéro-spatiales de Pekin, officier des services secrets chinois.

Le général Wesley Clark, autre CFR et concurrent de Kerry vient aussi d'une même filiation juive, son père s'appelait Benjamin Kanne. D'ailleurs en décembre 2003, Clark s'est rendu à la synagogue Temple Meth à Boca Raton en Floride, pour rappeler son origine.

Il a pour conseiller Elie Seegal et Ron Klein, anciens de l'administration Clinton et boursiers de la fondation Rhodes où l'on entre que par parrainage pour y être moulé aux principes mondialistes.

Pour contrer Georges Bush, il y a le riche spéculateur mondial George Soros ami de Mark Rich basé en Israël, évidemment CFR et membre de la Trilatérale, autre société secrète. Le marchand de canons Shaul Eisenberg est dans la même mouvance et dirige un réseau de l'Open Society basée en Russie et en Europe de l'Est au nom de la démocratie en marche et de la vente libre de marijuana et autres drogues.

Soros a donné 115'000 \$ au démocrate Howard Deans, 115'000 \$ à John Kerry et 115'000 \$ à Wesley Clark. Ce sale type de Soros em-

ploie sa fortune à saper dans le monde entier toute société qui se veut fière de sa culture et de ses traditions. Bref, je dois arrêter cette liste de types qui se croient les maîtres du monde (à noter que Bush et son Etat Major appartiennent aussi au CFR) car j'aimerais bien également citer quelques Français et Anglais appartenant à la même confrérie. Mais ce sera dans un autre article.

Est-ce que cette clique s'est mise d'accord pour détruire la Suisse encombrante et récalcitrante? Trop fière pour se prostituer et décidée à défendre chèrement sa liberté, la vraie, pas la virtuelle serinée par des médias aux ordres. Il y a en Suisse quelques membres de la CFR, de la Trilatérale, des Fabiens et autres groupes occultes, inconnus du public, mais qui tirent les ficelles.

Alors... notre décadence et notre disparition ont-elles été programmées? Comme l'a été la disparition de l'Irak, de l'Afghanistan, du Kosovo ou de la Tchétchénie en tant que tels? Et au lieu des bombes, on emploie des moyens plus subtils?

Maria de Seimners

Le Pileri

Calmy-Rey, l'argent et le pouvoir

Je ne sais pas pourquoi tant de journalistes et autres politiciens s'étonnent de la trajectoire constante de Mme Calmy Rey. Tout d'abord, les comptes de l'Etat de Genève ont été magistralement falsifiés par cette personnalité socialiste, afin de pouvoir se présenter au Conseil fédéral blanche comme la neige striant sa chevelure. Elle a su jeter de la poudre aux yeux de ses collègues dissimulant sous un sourire stéréotypé, une duplicité bon enfant, qui a endormi les contrôleurs et autres partis au pouvoir. Aujourd'hui, elle continue à dépenser l'argent des contribuables en voyageant dans le monde entier mais surtout dans les pays qui obtiennent des subventions et déroulent le tapis rouge pour cette émissaire des bons offices distribuant la manne financière de nos impôts. Il y a très peu de bases politiques dans ces rencontres intéressées de la part de tant de républiques bannières et autres pays socialistes, car ces voyages «aux frais de la princesse» n'apportent que peu d'atouts supplémentaires à notre pays, maltraité de toutes parts sur-

tout par ceux qui n'ont pas droit à plonger leurs mains dans notre fromage.

Bref Mme Calmy Rey en bonne socialiste continue à suivre les principes de la gauche qui refuse de diminuer les impôts, demande une augmentation de la TVA, hurle au scandale lorsqu'on demande le relèvement de l'âge de la retraite, insiste pour entrer dans l'Europe-marxiste et dépensière, mais profite elle même de sa position pour ne rien se refuser, encaisser un super bon salaire, plus une confortable retraite assurée, son portrait sur les chaînes de télévision et dans la presse, bref, l'attitude d'une socialiste caviar bon teint qui doit bien rigoler du bon tour qu'elle a joué aux Genevois, dindons de cette sinistre farce.

Octopus



Ein Volk von Patrioten

SD. Die Schweiz schwelgt «in einem neuen Patriotismus»: Zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer sind stolz auf ihre Nationalität. Die meisten glauben auch an die bessere Qualität von einheimischen Produkten und Dienstleistungen. Ein positives Image geniessen auch die Schweizer Firmen, wie eine repräsentative Studie des Forschungsinstituts GfS-Zürich ergab: Die Hälfte der Befragten glauben, dass die Pharma-, Uhren- und Metallindustrie, die Nestlé, Swiss und die Grossbanken einen besseren Ruf geniessen, als andere Unternehmen. 70 Prozent der Befragten glauben auch, dass die Schweiz im Trend liegt. Weniger als ein Viertel der Schweizerinnen und Schweizer kann sich vorstellen, in einem anderen Land zu leben. Das Forschungsinstitut GfS-Zürich hat im November und Dezember 2003 im Auftrag der Fluggesellschaft Swiss 1006 Personen befragt.

Der ganz spezielle Leserbrief

Unser Leser, Herr Th. Sch. in B. empört sich in seinem Leserbrief über die Arroganz der EU gegenüber der Schweiz und schreibt u.a.: *Zitat: «Die Arroganz gegenüber der Schweiz nimmt gelegentlich groteske Züge an. Man wollte vom Nicht-EU-Mitglied Schweiz eine frühere Öffnung für Arbeitskräfte aus dem Osten verlangen als von EU-Mitgliedstaaten selbst. Diese Forderung war so grotesk, dass sie in der Tat abgewendet werden konnte.»*

Er stellt dann u.a. zu Recht fest: *Zitat: «Wer auch immer die Selbstständigkeit der Schweiz wünscht, wäre daran interessiert, die einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft auf die EU zu verringern.»* Aus dieser Sicht ist es durchaus verständlich, dass Herr Sch. seine ganze Hoffnung auf die USA, der vorläufig noch grössten westlichen Wirtschafts- (und Militär-) macht setzt. Diese Grundhaltung (– oder ist es einfach eine Hoffnung?) ver-

anlasst den Leserbriefschreiber offenbar zu einer unkritischen Haltung gegenüber den USA und ihrer Politik. Begreiflich, dass er deshalb die kritischen Artikel unseres Mitarbeiters Hans Spitz ablehnt und sagt:

Zitat: «...die Amerika-Schelte gehört in die linke Presse, wo sie ohnehin schon gebetsmühlenhaft wiederholt wird. Sie gehört eindeutig nicht in die SD-Zeitung.»

Herr Sch. stellt sich dann in seinen Ausführungen in verschiedener Hinsicht schützend vor die amerikanische Politik und insbesondere die des derzeitigen Präsidenten G.W. Bush.

Unser Mitarbeiter Hans Spitz betont demgegenüber, dass seine kritische Haltung das Ergebnis jahrelanger Beobachtung der amerikanischen Politik und vertiefter Studien darstellt.

Wir empfehlen unseren Lesern alle Artikel zu diesem Thema nochmals sorgfältig zu lesen und

mit den aktuellen Beobachtungen zu vergleichen.

Es betrifft Artikel im «Schweizer Demokrat» 3/2003 Seite 6; 4/2003 Seite 3; 5/2003 Seite 6; 7/8 2003 Seite 7; 12/2003 Seite 3; 2/2004 Seite 3 und den Artikel in dieser Nummer unter dem Titel: «Gott bewahre uns vor unseren Freunden, mit unseren Feinden werden wir schon selber fertig.»

Dann werden Sie feststellen, dass es ein grundsätzlicher Fehler wäre, bei unseren «Freunden» beide Augen zuzudrücken. Wir verlören damit das Recht, jene zu kritisieren, die sich am linken Auge als blind erweisen.

Die SD als zukunftsgerichtete Partei muss sich stets um eine auf alle Seiten kritische Haltung bemühen. Sonst verliert sie ihre in jahrzehntelangem, politischem Kampfe gewonnene Glaubwürdigkeit.

Die Redaktion

SD empört wegen EU-Erpressung

Die Schweizer Demokraten sind empört wegen des neuesten Erpressungsversuches der EU. Die EU-Finanzminister verlangen allen Ernstes, dass die Schweiz ihren Trumpf «Zinsbesteuerung» aus der Hand gibt, ohne dafür etwas Konkretes von der EU zu erhalten. Die Schweiz und die EU stehen in Verhandlungen zur Erweiterung der Bilateralen Verträge. Dabei wurde immer davon ausgegangen, dass, wie bei den Bilateralen alle Dossiers zusammen abgeschlossen werden. Die EU-Minister glauben offenbar, dass sie die Schweiz ein weiteres Mal über den Tisch ziehen

können. Dies ist weiter nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, wie unterwürfig sich die Schweiz allgemein und der Bundesrat im Besonderen gegenüber der EU benimmt. Dies beweist allein schon die Tatsache, dass alle Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz in Brüssel stattfinden. Weltweit ist es üblich, dass Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Staaten abwechselungsweise im einen und im anderen Staat stattfinden. Nicht so hier: Die Schweizer Verhandlungsvertreter pilgern immer unterwürfig zu unseren Mächtgern-Kolonialherren

nach Brüssel. Da ist es fast naheliegend, dass die EU diese ganz offensichtliche Schwäche unserer Landesregierung schamlos ausnützen will, um die Schweiz ein weiteres Mal zu erpressen.

Wer es immer noch nicht weiss, muss jetzt merken, welche Methoden die EU-Diktatur anzuwenden gewillt ist, um ein Ziel zu erreichen. Es ist leider zu befürchten, dass «Bern» auch diesmal gegenüber den Erpressungen der EU nachgeben wird.

Grossrat Dragan Najman,
Pressechef SD Schweiz

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Muslime haben auf Bauernhof geschächtet

Fricktal: Bauer muss sich ebenfalls verantworten

(pi) Der Verdacht, dass am 1. Februar auf einem Bauernhof im Bezirk Rheinfelden illegal ohne Betäubung zwei Kühe geschächtet wurden, hat sich bestätigt. Wie Bezirksamtmann Ambrosius Kessler auf Anfrage sagte, sei der Bauer geständig. Entsprechende Hinweise auf die illegale Schlachtung auf dem Bauernhof hatten Basler Tierschutzorganisationen geliefert. Die Schächtung für das islamische

Opferfest wurde auf einem Platz hinter dem Bauernhof begangen. Ohne Betäubung trennten die Muslime den zwei Kühen die Kehle durch. «Das ist Tierquälerei», sagt Ambrosius Kessler. «Wir tolerieren so etwas nicht, auch wenn Schächten ohne Betäubung ein Religionsritual ist.» Die fünf Muslime hatten dem Landwirt für die beiden Tiere vorgängig 5000 Franken in die Hand gedrückt. Den fünf

Muslimen drohen wegen Zuwiderhandlung gegen das Tierschutzgesetz Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu drei Jahren. Der Landwirt, der die illegale Schächtung auf seinem Hof geduldet hatte, muss sich voraussichtlich der Gehilfenschaft, allenfalls auch der Mittäterschaft verantworten. Das Bezirksamt geht davon aus, dass es sich beim Bauern nicht um einen Wiederholungstäter handelt.